

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonnabend.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal ggf. Bestellgeb. Bestell-  
ungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition  
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Inserate  
pro vierstellige Zeile 60 Pf.,  
Stellengröße 40 Pf., für Be-  
bandsmitglieder 40 Pf., Beranm-  
lungsanzeigen zc. 20 Pf. Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 27.

Berlin, den 1. Juli 1911.

27. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Eine Erhöhung des Lokalbeitrages für die männlichen Mitglieder von 5 auf 10 Pf. pro Woche ist von der Zahlstellen Freiburg i. B. und Weimar beschloffen und unsererseits gutgeheißen worden.

2. Eine Herabsetzung des Lokalbeitrages für weibliche Mitglieder von 10 auf 5 Pf. und für männliche Mitglieder von 30 auf 20 Pf. pro Woche ist von der Zahlstelle Hannover beschloffen worden. Der Verbandsvorstand ist auch diesem Beschlusse beigetreten.

Der Verbandsvorstand.

## Vom „Siegeszug“ des graphischen Zentralverbandes.

Nicht immer war es so wie heute, daß die Führer des graphischen Zentralverbandes in rechter Würdigung der Dinge zugestehen, daß es mit ihrem Vorwärtkommen doch ein recht eigenartig Ding sei. In ihrem jüngst erschienenen Jahresbericht, der zum ersten Male — unter Ausschluß der Öffentlichkeit natürlich — in Broschürenform herausgegeben worden ist, wird mit einer bei jenen Leuten seltenen Offenheit zugestanden, daß trotz Besserung des gesamten Wirtschaftslebens die Stärkung der Reihen des graphischen Zentralverbandes nicht in dem gewünschten und notwendigen Maße vorwärtgegangen sei. Dieses zweifellos mit schwerem Herzen gemachte Zugeständnis braucht nicht weiter wunderzunehmen, wenn wir den so ungeheuer bescheidenen Fortschritten des Verbandes mit dem stolzen Namen die Erfolge gegenüberstellen, die unser Buchbinderverband im verfloffenen Jahre heimbringen konnte. Das Fiasco des graphischen Zentralverbandes wird um so erklärlicher, wenn wir die Stellung der christlichen Gewerkschaften überhaupt ansehen. Die Führer dieser Gewerkschaft, die selbst aus der Reihe der Arbeiter hervorgegangen, mögen zweifellos das Gefühl gehabt haben, daß es unter allen Umständen notwendig sei, den proletarischen Standpunkt zu betonen, weil sie nur unter diesem Feldgeschrei unter den christlich gesinnten Arbeitern Anhänger werben konnten. Dabei lag aber die Gefahr nahe, daß die so für den Gewerkschaftsgedanken gewonnenen Arbeiter durch den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen über den eigentlichen Wert und die Bestimmung der gewerkschaftlichen Organisationen in genügender Weise aufgeklärt und infolgedessen gar bald den freien Gewerkschaften sich zuwenden würden, und zwar dann, sobald sie erkannt hätten, daß die Vertretung der Arbeiterinteressen durch diese in wirksamer und energischer Weise betrieben würde. Aber etwas Derartiges durften die wirklichen Gründer der christlichen Gewerkschaften nicht dulden, und so benutzten sie die Bezeichnung „christlich“ nur als Aushängeschild. Um eine wirkliche Vertretung der Arbeiterinteressen war es ihnen durchaus nicht zu tun. Das haben die höchsten geistlichen Würdenträger unumwunden ausgesprochen. So erklärte Kardinal Fischer während seiner Anwesenheit in Rom im vorigen Jahr: „Die christlichen Gewerkschaften entstanden zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.“ Und Erzbischof Noerber in Freiburg erklärte: „Bei

den christlichen Gewerkschaften ist das Wort „christlich“ nur leerer Schall und ein bloßes Aushängeschild.“ Damit ist das Gebaren der christlichen Gewerkschaften richtig gekennzeichnet: Nach außen hin hüllen sie sich in den recht zweifelhaften Mantel der „christlichen“ Weltanschauung, nach innen aber zeigt man sich als die Institution, von der der Arbeiter alles Heil erwarten kann. Dem Arbeiter, den man eingefangen hat, dem erzählt man Wunderdinge von der Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften, da gebärdet man sich in einer Weise, daß man glauben könnte, über Nacht würde die Lage des Arbeiters gebessert. Da lassen sich die guten Leute, die an der Spitze marschieren, in der Hitze des Gefechts leicht zu Ausprüchen verleiten, die ihnen, kaum dem Gehege der Zähne entflohen, bitter Leid tun mögen. Um den Arbeiter einzufangen, verherrlichten doch sogar die „Graph. Stimmen“, das offizielle Verbandsorgan des graphischen Zentralverbandes, die französische Revolution, indem sie schrieben: „Sie triumphierte freilich in Strömen Blutes und raffte zahllose Menschen dahin, aber sie gebar einen Bälkerfrübling, sie segte mit eisernem Wesen fort, was morsch und verrotten war, und befreite die Geister vom Druck des finsternen, alle Gebiete beherrschenden Absolutismus, so daß die neuen, der Zeit angemessenen Ideen zur Entfaltung kommen konnten.“ Auch heute noch täte uns eine großartige Revolution not, wenn auch keine wie die französische, die lediglich durch brutale Machtmittel wirkte und auch manches zertrümmerte, was dem Wohle der Menschheit diene. Einer geistigen Revolution bedürfen wir, die alles ausmerzt, was für unsere Verhältnisse faul und schlecht und unbrauchbar ist, damit die Bahn frei wird für Fortschritte und Errungenschaften, die der Menschheit wirklich dienlich sind.“

Und das Verbandsblatt der christlichen Holzarbeiter redet gar von Klassenkampf, Endziel, Gleichberechtigung der Arbeiter usw., wenn es schreibt:

„Gewerkschaften müssen Kampfsorganisationen sein. Entbehren sie dieses Charakters, so erfüllen sie in der gegenwärtigen Zeit nicht ihre Aufgabe. Eine solche Erklärung wird hier und da, namentlich in bürgerlichen Kreisen, Anstoß erregen. Mit Unrecht! Prinzipielle Gegensätze können eben nicht ausgeglichen, sie müssen ausgekämpft werden. . . . Es gilt in der Arbeiterbewegung nicht den Kampf zu führen allein gegen die Gewinnsucht der Arbeitgeber, sondern der Kampf richtet sich in seinem Endziel gegen alles das, was sich der Gleichberechtigung der Arbeiter auf allen Gebieten unserer Kultur entgegenstellt.“

So sind die Reden der christlichen Gewerkschaften. Ihre Taten sind andere und sie stehen zu den Worten im umgekehrten Verhältnis. Je großspuriger diese sind, um so kleiner, unbedeutender jene. Doch daß diese Erkenntnis in immer weitere Kreise dringt, das bringt es mit sich, daß die Erfolge der Christlichen „nicht in dem gewünschten und notwendigen Maße vorwärtgegangen sind“, um mit dem Jahresbericht des graphischen Zentralverbandes zu reden.

Dieser Jahresbericht erscheint in einem Umfange von 20 Seiten. Es sieht so aus, als wenn die Kritiken der alljährlichen Berichte dieses Verbandes durch unsere „Buchbinder-Zeitung“ den Anlaß zu der veränderten Berichterstattung geboten haben. Wenn man nun aber annehmen wollte — was doch so nahe liegt —, daß durch die Veröffentlichung in Broschürenform etwas mehr über den Verband und sein Wirken zu erfahren sein würde, dann muß man diese Erwartung wieder begabren, denn trotz seiner Ausdehnung bringt der Bericht heute weniger als früher. In den früheren Berichten war doch wenigstens noch die Zahl der Zahlstellen angegeben; das ist jetzt auch noch weggefallen. Die Christlichen verheimlichen heute schon die Zahl ihrer Ortsgruppen! Anscheinend rechnen sie mit 52, da sie im Vorjahre 50 angaben, 5 neu gründeten und 3 auflösten. Die Bedeutung einer solchen christlichen Zahlstelle wird gekennzeichnet von einer Bemerkung im Bericht, die da besagt, daß „die Zahlstelle Straßburg nie mehr wie 6 bis 7 Mitglieder hatte“. Wir haben allen Anlaß, anzunehmen, daß noch mehrere solche zweifelhafte Existenzen unter den christlichen Zahlstellen zu finden sein werden. Das kann auch gar nicht anders sein, wenn wir wissen, daß der „graphische Zentralverband“ am Jahresschluß 1527 Mitglieder zählt. Gegen das Vorjahr ist das ein Mehr von 65 Personen. Wie bescheiden und unbedeutend sind diese Zahlen gegenüber denen, mit denen unser Buchbinderverband aufwarten kann. Dieser zählte am Jahresschluß 28706 Mitglieder und verzeichnete eine Zunahme von 4792. Die Zunahme des Buchbinderverbandes ist dreimal größer, als der graphische Zentralverband überhaupt an Mitgliedern zählt, sie ist über viermal größer, wenn man sich auf unsere Berufsgenossen beschränkt. (Der graphische Zentralverband nimmt bekanntlich auch Steinbrüder, Buchdruderei-Hilfsarbeiter, Papierarbeiter, Farbenarbeiter usw. auf.) In den letzten vier Jahren nahm der Buchbinderverband um 8235 Personen, der graphische Zentralverband um ganze 112 Personen zu. Die Mitgliederzahl des Buchbinderverbandes stieg in dieser Zeit um 40,2 Proz., die des graphischen Zentralverbandes um 7,9 Proz. Am Schluß des Jahres 1906 verhielt sich die Mitgliederzahl des christlichen Verbandes zu der des Buchbinderverbandes wie 1 zu 14,4, am Schluß des vergangenen Jahres wie 1 zu 25. Diese Gegenüberstellungen zeigen, daß die Bedeutung des graphischen Zentralverbandes — wenn man überhaupt jemals von einer solchen reden konnte — im ständigen Schwinden begriffen ist. Daß auch das Vertrauen der Mitglieder, d. h. solcher, die dem Liebeswerben der christlichen Agitatoren erlegen sind, bald wieder schwindet, zeigt sich auch in der außerordentlich starken Fluktuation. Von 100 Aufnahmen blieben dem graphischen Zentralverband ganze 12 erhalten, im Buchbinderverband von 100 Aufnahmen 35. Unser Verband nahm im Vorjahre um 20 Proz. zu, der christliche, trotz seiner geringen Mitgliederzahl, nur um 4,4 Proz. Ueber seine Erfolge in bezug auf die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sagt der Bericht: Das Jahr 1910 brachte für 549 Mitglieder eine Lohnerhöhung von 992 Mk. pro Woche (51 584 Mk. pro Jahr) und für 131 Mitglieder 393 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche (20 436 Stunden pro Jahr).

Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 25 448,24 Mk. auf, die sich bis auf

720,78 M. vollständig aus Beiträgen zusammensetzt. Unter Ausgaben werden 20 655,46 M. verbucht, so daß als Bestand 20 654,57 M. verzeichnet sind.

Von den geleisteten Beiträgen fließen in Form von Unterstützungen aller Art an die Mitglieder zurück:

|                      |               |              |
|----------------------|---------------|--------------|
|                      | 1910          | 1907-10      |
| Buchbinder-Verband   | 448 523,78 M. | 1 765 564 M. |
| Christlicher Verband | 7 451,70 "    | 31 449 "     |

Das ist pro Kopf berechnet bei dem

|                      |          |         |
|----------------------|----------|---------|
|                      | 1910     | 1907-10 |
| Buchbinder-Verband   | 16,47 M. | 72,80   |
| Christlichen Verband | 5,02 "   | 21,90   |

Für Verbesserung der Lage seiner Mitglieder (für Streiks, Lohnbewegungen, Rechtsschutz, Maßregelungsunterstützung) wandte auf der

|                     |               |              |
|---------------------|---------------|--------------|
|                     | 1910          | 1907-10      |
| Buchbinder-Verband  | 260 040,68 M. | 1 031 770 M. |
| Christliche Verband | 1 943,66 "    | 11 218 "     |

Das ist pro Kopf berechnet bei dem

|                      |         |         |
|----------------------|---------|---------|
|                      | 1910    | 1907-10 |
| Buchbinder-Verband   | 9,65 M. | 42,54   |
| Christlichen Verband | 1,31 "  | 7,81    |

Dagegen hatten Verwaltungskosten (persönliche und sachliche) der

|                     |              |            |
|---------------------|--------------|------------|
|                     | 1910         | 1907-10    |
| Buchbinder-Verband  | 66 014,36 M. | 188 784,29 |
| Christliche Verband | 4 286,58 "   | 15 870,-   |

Das ist pro Kopf berechnet bei dem

|                      |         |         |
|----------------------|---------|---------|
|                      | 1910    | 1907-10 |
| Buchbinder-Verband   | 2,45 M. | 7,78    |
| Christlichen Verband | 2,38 "  | 11,05   |

Das gesamte Verbandsvermögen betrug Ende 1910 bei dem

|                      |               |          |
|----------------------|---------------|----------|
|                      | total         | pro Kopf |
| Buchbinder-Verband   | 573 748,40 M. | 21,30 M. |
| Christlichen Verband | 20 654,57 "   | 13,91 "  |

Vom gesamten Verbandsvermögen befand sich in der Hauptkasse bei dem

|                      |               |          |
|----------------------|---------------|----------|
|                      | total         | pro Kopf |
| Buchbinder-Verband   | 331 235,38 M. | 13,96 M. |
| Christlichen Verband | 16 461,- "    | 11,08 "  |

Diese Gegenüberstellungen werden zur Genüge anzeigen, daß die Existenzberechtigung des graphischen Zentralverbandes absolut verneint werden muß. Sein Vorhandensein ist ein Hemmnis im Vorwärtskommen unserer Berufsgenossen, die an ihm in keiner Weise einen Rückhalt haben, wie es notwendig wäre, soll gegen die Unbill des täglichen Lebens mit Erfolg angekämpft werden. Die Unternehmer organisieren sich auch nicht in konfessionellen oder interkonfessionellen Organisationen; solche Dummheiten überlassen sie ruhig den Arbeitern, und sie freuen sich, wenn es den Machern im christlichen Lager wieder einmal gelungen ist, einen Keil in die Einheit der Arbeiterbewegung zu treiben. Das in allen Fällen vorgeschobene religiöse Moment ist nur der Deckmantel, um die wahren Zwecke derselben zu verdecken. So bestätigt es uns auch ein Mann, Pfarrer Traub in Dortmund, der gewiß nicht im Geruche sozialdemokratischer Gesinnung steht. Er sagt: „Als Berufsangehöriger hat jeder seine Interessen gemeinsam zu vertreten. Es gibt wohl einen ewigen Kampf der Weltanschauungen, der protestantischen, katholischen, atheïstischen. Aber es gibt keine evangelischen, katholischen, atheïstischen Arbeiterfragen... es ist kein Zeichen christlichen Glaubens, wenn besondere christliche Berufsorganisationen geschaffen werden. Denn der Christ soll sich in der Vertretung seines Berufsinteresses von niemand überbieten lassen. Er traut seiner Glaubensüberzeugung wenig Festigkeit zu, wenn er sie im Zusammenarbeiten mit anderen Berufsgenossen gefährdet sieht. Jedenfalls dient das Wort „christlich“ nur als Ausschmückung. Es handelt sich um eine Bewegung antisozialdemokratischer Art, die mit persönlichem Christentum einzelner nichts zu tun hat.“ Das trifft auf den graphischen Zentralverband in vollem Umfang zu und darum ist seine Existenz ein Hindernis für alle Berufsgenossen. Die für den Buchbinder einzig zuständige Organisation, das Lehren dem Denkenden vor allem die obigen Gegenüberstellungen, ist nur

der Deutsche Buchbinder-Verband.

### Der Konflikt im Berliner Zeitungs-großbetrieb.

Die Differenzen im Berliner Zeitungsgewerbe haben mit Recht ein gewaltiges Aufsehen erregt. Durch die Maßnahmen von nur 37 Personen — Maschinenmeistern der Firma Scherl („Berliner Lokalanzeiger“) — haben wohl an 1 1/2 Millionen Abonnenten einige Tage ganz auf ihre obligate geistige Kost verzichten müssen, teils ist diese ihnen in so geringem Umfange zugeführt worden, daß der Spießer haß erstaunt ein wenig aus seiner gewohnten Ruhe gekommen sein mag. Die Ursache hierfür waren Differenzen, die zwischen der Firma Scherl und ihren Rotationsmaschinenmeistern entstanden waren und die das Tarifamt zugunsten der Firma entschieden hatte. Da die tarifbrüchigen Maschinenmeister dem Spruche des Tarifamtes sich nicht fügen wollten und die Maschinenmeister der Firmen Mosse und Illstein sich weigerten, die Scherl'schen Blätter zu drucken (ihre eigene Arbeit zu verrichten waren sie bereit), erklärten sich alle drei Firmen solidarisch. Es handelte sich dabei also um eine gemeinsame Aktion zum Schutze des Tarifvertrages im Buchdruckgewerbe, der von Arbeitern wie Unternehmern anerkannt wird als eine der wertvollsten Errungenschaften unjener Zeit. Der Tarifvertrag regelt das Arbeitsverhältnis in vorbildlicher Weise. Er sieht für den Fall von Meinungsverschiedenheiten ein Schiedsgericht und ein Tarifamt vor, die zu gleichen Teilen von der Arbeiterschaft und den Unternehmern besetzt werden. Dem Tarifamt hat ein Streit bei Scherl, der die Arbeitszeit betraf, vorgelegen. Das Tarifamt hat die Arbeitszeit geregelt. Die Firma Scherl hat sich dieser Regelung gefügt, die Maschinenmeister weigerten sich, in der vom Tarifamt festgesetzten Zeit zu arbeiten. Darauf erklärte das Tarifamt die Maschinenmeister für tarifbrüchig und sprach der Firma das Recht zu, zwei Vertrauensleute der tarifbrüchigen Arbeiter, die sich direkt gegen den Spruch des Tarifamtes aufgelehnt, zu entlassen. In dem Spruche des Tarifamtes hieß es diesbezüglich: „Die Vertrauensleute S. und W. werden für schuldig erklärt, den am 8. Mai durch die Beklagten begangenen Kontraktbruch und Tarifbruch nicht verhindert zu haben. Das Tarifamt muß sogar für das tarifbrüchige Verhalten des Personals die beiden Vertrauensleute verantwortlich machen und glaubt, daß das Verbleiben derselben im Betriebe der Klägerischen Firma einem friedlichen Arbeitsverhältnis im Wege steht. Auch erachtet das Tarifamt die Beklagten S. und W. zur Wahrnehmung eines Amtes als Vertrauensmänner nicht für qualifiziert.“ Auf Grund dieses Beschlusses entließ die Firma Scherl die beiden Vertrauensleute. Darauf erklärten sich die Maschinenmeister mit den Entlassenen solidarisch und verweigerten die Arbeit.

Zwischen fanden Verhandlungen zwischen den örtlichen und zentralen Vorständen statt, die zur Folge hatten, daß am Freitag, den 18. Juni, vormittags, eine Abordnung des Gau- und Zentralvorstandes in Gemeinschaft mit dem Obmann des Arbeiterausschusses mit der Firma Scherl in Verhandlungen über die Differenzen sowie die Wünsche der Rotationsmaschinenmeister eintat. Der Obmann des Personals richtete an die Firma Scherl das Ersuchen, die Entlassung der beiden Rotationsmaschinenmeister rückgängig zu machen. Die Firma lehnte das Verlangen ab unter Berufung darauf, daß der Zwang, welchen das Personal bei allen seinen Forderungen bisher angewendet habe, nicht fortbestehen könne. Die Gehilfenvertretung machte dann den Vorschlag, daß die Firma wenigstens in absehbarer Zeit sich bereit erklären möge, in eine Verhandlung über die Wiedereinstellung der beiden Vertrauensleute zu willigen. Die Firma schien geneigt zu sein, diesen Vorschlag zu akzeptieren, da teilte in demselben Moment der Obmann der Vertrauensleute mit, es sei ihm von dem derzeitigen Vertrauensmann der Rotationsmaschinenmeister davon Kenntnis gegeben worden, daß, falls die Wiedereinstellung der beiden Maschinenmeister abgelehnt würde, die übrigen Maschinenmeister die Arbeit nicht erst aufnehmen würden. Gegenüber dieser Drohung stellte sich nun die Firma auf einen völlig ablehnenden Standpunkt, auch die Gehilfenvertretung mußte anerkennen, daß nunmehr der Boden für eine möglichst baldige Einigung in dieser Frage entzogen sei. Trotzdem gelang es der Gehilfenvertretung, die Firma zu dem Zugeständnis zu bekommen, daß sie sich bereit erkläre, demnächst in eine nochmalige Verhandlung über die strittige Frage einzutreten, in der Erwartung, daß damit die Garantie für ein friedliches Zusammenarbeiten im Betriebe gewährleistet sei.

Nach einer hierauf stattgefundenen stürmisch verlaufenen Versammlung begaben sich nunmehr die

Rotationsmaschinenmeister an die Arbeitsstelle, und die Vertreter des Buchdruckerverbandes mußten glauben, daß alle etwaigen Forderungen in legaler Weise zum Austrag gelangen würden. Letzteres war leider nicht der Fall, denn bald verließen die Rotationsmaschinenmeister die Arbeitsstätte wieder, ohne die Arbeit aufgenommen zu haben. Alle Vermittlungsversuche blieben erfolglos. Ebenso sind die Verhandlungen mit den Personalern der Zeitungsrotation der Betriebe Mosse und Illstein, die den Druck des „Lokalanzeigers“ übernehmen sollten, resultatlos verlaufen, da diese Personale sich weigerten, den „Lokalanzeiger“ zu drucken. Infolge dieses Umstandes sahen die Firmen Mosse und Illstein nunmehr auch von dem Erscheinen ihrer Zeitungen ab.

Im Laufe des 20. Juni kam es nach wiederholten Verhandlungen dann zu einer Einigung, nach der das ausführende Hilfspersonal und die Falzer sämtlich und von den 37 Rotationsmaschinenmeistern 30 wieder eingestellt werden.

Damit hat der Tarifgedanke, den heute nur noch das ausgesprochene Scharfmachertum verwirrt, diesen schweren Konflikt augenblicklich überwunden. Welche Folgen er bei der demnächst beginnenden Tarifverhandlung im Buchdruckgewerbe noch haben kann, ist jetzt noch nicht vorauszusagen. Daß der Konflikt selbst eine solche Schärfe annehmen konnte, lag vor allem an dem Spruch des Tarifamtes, welches die Firma so quasi aufforderte, die beiden Vertrauensleute zu entlassen. Dieser Spruch war es auch, der bei außerhalb des Rahmens der Beteiligten stehenden das unangenehmste Gefühl hervorrief und man wunderte sich über die weitgehende Befugnis, die solche Urteilsprüche zuließe. Es scheint ja auch, als wenn das Tarifamt sich nicht im Rahmen seiner Obliegenheit bewegt hätte. Es konnte wohl die beiden angeforderten Vertrauenspersonen für tarifunreu erklären, was gleichbedeutend wäre mit dem Ausschluss aus dem Verband. Aber über die Qualifikation derselben als Vertrauensmänner zu urteilen, das Recht hat es zweifellos nicht. Aber zur Tarifunreuerklärung lag anscheinend kein Anlaß vor. Er würde bei genügenderm Anlaß nicht den Widerstand gefunden haben als der gefällte Spruch, da es als selbstverständlich angesehen werden muß, daß gegen ausgesprochene Tarifbrecher — noch dazu wenn ein so ausgebautes Tarifgebäude vorhanden ist wie bei den Buchdruckern — mit den schärfsten Mitteln vorgegangen wird. Wir sagen selbstverständlich nicht, daß der Buchdruckerverband zugrunde gerichtet werde, wenn er seinen Tarif nicht mehr beschäße. Aber soviel ist doch sicher, daß eine tariflose, selbst auch nur kurze Zeit des Faustrechts, geradezu anarchische Zustände in einem Verufe hervorrufen muß, der an so tadellose Ordnung gewöhnt ist als wie die Buchdrucker. Und darum ist nur zu wünschen, daß der jetzt beigelegte Konflikt ohne weitere nachteilige Folgen verbleiben möge, nicht zuletzt im Hinblick auf das Ansehen der ganzen Gewerkschaftsbewegung und deren Anerkennung durch Vertragsabschlüsse.

### Bericht vom Gautag des Gaus 1.

Abgehalten am 4. Juni in Kottbus.

Am ersten Pfingsttage fand im Stadtpark-Restaurant in Kottbus der diesjährige Gautag des Gaus I statt. Gaubollmächtiger Lemser eröffnete denselben mit einem Willkommengruß an die erschienenen Delegierten und Gäste und mit dem Hinweis darauf, daß der vor 2 Jahren in Rathenow stattgefundene Gautag als diesmaligen Tagungsort Kottbus erwählt habe, um die Kollegen im Osten des Gaus aufzurütteln und den Kottbuser Kollegen die Möglichkeit zu geben, mit den Vertretern der anderen Zahlstellen in persönlichen Verkehr zu treten. Ein aus zwei Gesangvereinen zusammengestellter Arbeiterchörchor begrüßte die Delegierten und Gäste mit dem Lied: „Empor zum Licht“, worauf Kollege Kobur die Erschienenen im Namen der Zahlstelle Kottbus willkommen hieß und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Tagung der Organisation im Gau zum Segen gereichen werde. Als dann wurde die Präsenzliste festgestellt. Anwesend waren der Bezirksleiter Kollege Würzberger, die drei Mitglieder des Gauvorstandes, von Berlin 5 Delegierte, von Lützenwalde 3, von Rathenow und Kottbus je zwei und von Potsdam, Brandenburg, Frankfurt a. O., Finsterwalde, Jossen, Spremberg, Brenzlaw, Sorau und Guben je 1 Delegierte. Nichtvertreten waren trotz erfolgter Einladung die Orte Neuruppin (infolge Krankheit des Vertrauensmanns), Forst und Neudamm. Zur Leitung der Tagung wurden die Kollegen Mar-Berlin und Kobur-Kottbus als Vorsitzende und die Kollegen Seiler-Lützenwalde und Dalge-Rathenow als Schriftführer berufen. Zur Revision der Gaukasse wurden die Kollegen Lehmann-Lützenwalde und Müller-Berlin bestimmt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Geschäftsbereich des Gauvorstandes, nahm sodann Kollege Lemser das Wort. Die Organi-



fationsverhältnisse im Gau haben sich im Laufe der letzten zwei Jahre etwas gebessert, erfreulicherweise haben sich in den letzten Jahren auch die Gewerkschaftsartikel in den einzelnen Orten etwas hilfsbereiter erwiesen als in früheren Jahren. Der Beschluß des Rathenower Gautages, einen Gau-Arbeitsnachweis ins Leben zu rufen, konnte nicht verwirklicht werden, weil vielfach die Kollegen in der Provinz verlagert haben. Die größeren Orte haben wohl an den Vorarbeiten mitgeholfen, nicht aber die kleineren, und doch sollte gerade für kleinere Orte eine Stellenvermittlung Platz greifen. Inzwischen hat eine Gauvorsteherkonferenz für die Gauen 1-4 getagt und beschlossen, für diesen Gesamtbezirk einen Arbeitsnachweis einzurichten, der am 1. Juli ins Leben treten wird. Dem Wunsche der im vorigen Jahre stattgefundenen Zahlstellenkonferenz, der Verbandsvorstand möge die Einteilung der Bezirke für die Wahlen zum Verbandstag so vornehmen, daß vom Gau außer Berlin zwei Delegierte zu wählen sind, ist dieser nachgekommen. Leider haben die Vertrauensleute an einzelnen Orten nicht immer so ihre Schuldigkeit getan, wie es im Interesse der Organisation zu wünschen ist. Dadurch ist manches mit vieler Mühe gewonnene Mitglied wieder verloren gegangen. Im allgemeinen hat sich die vom Rathenower Gautag eingeführte Entschädigung der Vertrauensleute behauptet. Durch die Tätigkeit des Gauvorstandes, dessen Mitglieder ihre Funktionen nur nebenamtlich ausüben, wird der für die Gauen 1-4 angestellte Bezirksleiter wesentlich entlastet. Durch intensive Agitation wurden im Jahre 1910 86 Einzelmitglieder gewonnen, so daß deren Zahl zeitweilig über 100 betrug. Mit einer ganzen Reihe von Orten konnten Verbindungen angeknüpft werden, die aber zum Teil wieder verloren gingen, weil die organisierten Kollegen den Ort wieder verließen. Nedner ging hierauf auf die Verhältnisse in den einzelnen Zahlstellen näher ein und kann hierbei auf die in der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichten Jahresberichte des Gauvorstandes verwiesen werden. Von weiterem Interesse sind noch folgende, die schriftliche Berichterstattung ergänzenden Ausführungen: In Berlin ist ständig eine sehr große Anzahl von Kollegen arbeitslos. Zu bedauern ist, daß junge Kollegen sich vielfach weigern, selbst dann in der Provinz Stellung anzunehmen, wenn diese, wenn auch nicht gerade glänzend, so doch leidlich zu nennen ist. Sie erhoffen alles Heil von der Großstadt, wo sie oft monatelang arbeitslos herumlaufen müssen. Zu bedauern ist ferner, daß zugereifte Kollegen bei den Unternehmern um Arbeit anfragen gehen, anstatt sich an den Arbeitsnachweis zu wenden, wie es ihre Pflicht wäre. Aus Rathenow ist bedauerlicherweise zu melden, daß eine ganze Anzahl von Kollegen und Kolleginnen nach der Lohnbewegung der Organisation untreu geworden sind und ist zu wünschen, daß der gute Organisationsgeist, der die Rathenower Kollegenschaft früher besetzte, bald wieder Oberhand erwinde. Die Zahlstelle hat eine lokale Sterbefasse eingerichtet, um der Fluktuation etwas zu steuern. Kottbus ist das Schmerzenskind der Kontobuchbranche. Die Firma Enke betreibt eine Konkurrenz, die nicht mehr schön ist, sie ist schlimmer wie die der schlesischen Kontobuchfabriken. Die Zentralkommission der Kontobucharbeiter in Berlin hat versucht, mit dem Personal der Firma Enke Fühlung zu nehmen, an der unglaublichen Indolenz des größten Teils der in diesem Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist der Versuch gescheitert. Die bei der Firma Hayns Erben in Potsdam eingeleitete Lohnbewegung ging verloren, weil sich besonders die Arbeiterinnen ins Bockshorn jagen ließen und organisierte Buchdrucker und Buchdruckerhilfsarbeiter Arbeitswilligendienste verrichteten. In Trebbin werden in der großen Buchdruckerei Arbeiterinnen an Schneidemaschinen beschäftigt, leider steht der dort beschäftigte Kollege dieser dem weiblichen Organismus schädlichen Beschäftigung der Arbeiterinnen tatenlos zu.

Die sich an den Bericht anschließende Debatte war sehr eingehend. Dem Gauvorstand wurde bestätigt, daß er seine Pflicht getan habe, Stübning-Rathenow bemängelte lediglich, daß der Beschluß, einen Gauarbeitsnachweis einzuführen, nicht ausgeführt wurde. Im übrigen drehte sich die Diskussion hauptsächlich um den Antrag des Gauvorstandes, den Gaubeitrag, den die Einzelmitglieder zu entrichten haben, von 10 Pf. pro Vierteljahr auf 10 Pf. pro Monat zu erhöhen und den Antrag des Kollegen Rüge in Berlin, den Arbeitsnachweis im Gau 1, beziehungsweise die demselben angeschlossenen in den Gauen 2-4 dem paritätischen Arbeitsnachweis der Buchbinder in Berlin anzuschließen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, während beschlossen wurde, den Antrag des Gauvorstandes den Einzelmitgliedern zur Abstimmung zu unterbreiten. (Mittagspause.)

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen ergriff Bezirksleiter Kollege Würzberger das Wort zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Lohn-

und Tariffbewegungen“. Das Streben der Arbeiter, sich eine bessere Lebenshaltung zu erringen, hat sie dazu geführt, sich Berufsorganisationen zu schaffen, mit deren Hilfe die Arbeitszeit verfürzt, die Löhne erhöht werden. Diese Organisationen müssen dauernde Einrichtungen sein, weil nur solche in der Lage sind, das einmal Errungene zu halten. Die Gewerkschaften führen Angriffs- und Abwehrkämpfe, letztere sind oft von größerer Wichtigkeit, weil es außerordentlich schwer ist, verloren gegangene Positionen wieder zu erobern. Vor Eintritt in Lohnbewegungen ist reichlich zu prüfen die Stärke der eigenen Organisation und die der Unternehmer. Letztere haben eine Ausdehnung erlangt, an die früher nicht gedacht werden konnte. Die Unternehmer sind vielfach besser organisiert als die Arbeiter. Das Bestreben der Unternehmerorganisationen geht dahin, die Lohnkämpfe über möglichst weite Gebiete auszuweiten, um die Gewerkschaften zu schwächen. Sie suchen sich gegenseitig zu unterstützen, besonders dann, wenn verwandte Berufe in Frage kommen. Die Rathenower Industriellen der Eisindustrie hätten sich den Forderungen der Kollegenschaft nicht so lange widersetzen können, wenn sie nicht vom Bunde der Metallindustriellen unterstützt worden wären. Das Unternehmertum sucht sein Heil in der Korruption der Arbeiterkraft. Die sogenannten Wohlfahrtsvereinigungen haben keinen anderen Zweck, als dem Unternehmertum eine gefügige Arbeiterschaft zu schaffen. Korruptiert wird die Arbeiterschaft ferner durch die gelben Organisationen. Diese brauchen an Zahl nicht groß zu sein, ein kleines Häuflein schon genügt, um die Aktionen der Gewerkschaften zu erschweren. Das Unternehmertum bekämpft grundsätzlich jeden Versuch der Arbeiter, bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzubestimmen. Wo es zum Abschluß von Tarifverträgen gekommen ist, geschah dies erst nach langwierigen, opferreichen Kämpfen, und nur dann, wenn die Unternehmer erkannt haben, daß es ohne tariflich festgesetzte Arbeitsbedingungen zu keinem Frieden im Gewerbe kommen kann. Ist die Organisation vor die Frage gestellt, ob sie in einen Abwehrkampf eintreten soll, so ist zu erwägen, ob das Objekt eines Kampfes wert ist.

Wenn man die in den letzten Jahren durchgeführten Lohnbewegungen betrachtet, so kann man sich der Tatsache nicht verschließen, daß da, wo die Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen durchgeführt wurden, mehr erzielt worden ist, als wo es zum Streik kam. Ein Vergleich zwischen Frankfurt und Hamburg einerseits und Hannover andererseits bestätigt dies, soweit die Buchbinderbranche in Betracht kommt, und zwischen Berlin einerseits und Rathenow und Eisenberg andererseits, soweit die Eisindustrie in Betracht kommt.

Bei all diesen Erwägungen muß uns als erstes Ziel vor Augen schweben, alle Berufsgenossen der Organisation zuzuführen. Wenn die Arbeiterschaft klar erkannt hat, daß eigener Zusammenhalt und unverbrüchliche Organisationsstreue, verbunden mit unzerstörbarer Disziplin allein den Sieg verbürgen, dann können Lohnbewegungen ohne schwere und opferreiche Kämpfe durchgeführt und das Unternehmertum veranlaßt werden, mit uns auf dem Boden der Gleichberechtigung Tarife abzuschließen.

Eine Diskussion knüpfte sich an die Ausführungen Würzbergers nicht.

(Schluß folgt.)

### Die Cariffbewegung der Berliner Album-, Kappen- und Galanteriebranche.

Die Kollegenschaft obengenannter Branchen ist durch unsere diesjährige Lohnbewegung doch etwas mehr in Fluß gekommen, als es zuerst den Anschein hatte. Dieser Erfolg ist nicht zum mindesten dem Verhalten der Fabrikanten zu danken, die durch ihre ablehnende Haltung unseren berechtigten Forderungen gegenüber, auch den Gleichgültigsten aus unseren Reihen zu der Ueberzeugung gebracht hat, daß nur durch einen Zusammenschluß aller im Berufe Tätigen, es möglich sein wird, von unseren Arbeitgebern etwas herauszuholen. Was alle unsere Bemühungen von Anfang unserer Lohnbewegung an nicht vermochten, das hat das Gelingen der Mittelungen zuwege gebracht, die unseren, in der am 11. Mai stattgehabten Branchenversammlung anwesenden Kollegen und Kolleginnen, über die Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite gemacht wurden. Diese „Verhandlungen“, wenn von solchen überhaupt die Rede sein kann, ließen erkennen, daß die Herren Fabrikanten wohl mit der von unseren Kollegen mit den Verhandlungen betrauten Kommission, über die ihnen übermittelten Forderungen sich unterhalten wollten, daß sie aber auch zu keinerlei Zugeständnissen bereit sind. Dieses Verhalten hat denn auch sein gut Teil dazu beigetragen, die Launen unserer Kollegen mit aufzurütteln und sie für die Idee, daß nur durch einen engen Zusammenschluß aller in einer festgelegten Organisation von der

Arbeitgeberseite etwas zu erreichen ist, empfänglich zu machen. Wie die Aufnahmen für unseren Verband in letzter Zeit beweisen, ist diese Idee von vielen, die unserem Bestreben bisher fernstanden, schon praktisch betätigt worden.

Wer aber von dem, am Mittwoch, den 21. Juni, in einer überfüllten Versammlung in Massen zusammengekrönten Kollegen und Kolleginnen erwartet hat, daß die Arbeitgeber sich doch noch eines Besseren besonnen hätten, der dürfte nicht ganz auf seine Kosten gekommen sein. Am nämlichen Tage hatten in den Nachmittagsstunden erneute Verhandlungen mit den Fabrikanten stattgefunden — nebenbei bemerkt, die ersten wieder seit dem 5. Mai, ein Zeichen wie eilig es die Herren mit dem Abschluß eines Vertrages in unserem Berufe haben — deren Ergebnis, obgleich die Versammlung schon vorher ohne Kenntnis eventueller Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite einberufen war, den Versammelten mitgeteilt wurde, die in gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Referenten lauschten.

Es zeigte sich auch bei diesen erneuten Verhandlungen, wie wenig Verständnis die Arbeitgeber selbst für die allerbedeutsamsten Forderungen unserer Kollegenschaft haben, sind doch ein gut Teil davon, wenigstens soweit sie die Höhe der Löhne anlangt, nur von dem Bestreben diktiert, einen Ausgleich für die ihnen durch die letzte „glorreiche“ Reichsfinanzreform auferlegten Lasten zu schaffen, die in Gemeinschaft mit den, zugunsten unseres unerfährlichen Agrariertums erhobenen Wucherzöllen für sehr viele direkt unerschwinglich geworden sind. Wenn die Fabrikanten nun wieder Klagen anstimmen über die übertriebenen Forderungen die an sie gestellt werden, so sollten sie lieber bedenken, daß die von ihnen bei den Reichstagswahlen unterstützten Parteien die Urheber dieser Forderungen mit sind, und daß es sich sonderbar ausnimmt, die am meisten ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung, die Arbeiterklasse, für eine Erschöpfung der Konkurrenzfähigkeit der hergestellten Erzeugnisse verantwortlich zu machen. Von diesen Tatsachen ausgehend, kann man auch nur die Angebote würdigen, die unseren Vertretern gemacht wurden.

Wenn wir nun unsere Forderungen, wenigstens soweit sie Gegenstand der Verhandlung waren, Reue passieren lassen, so zeigt sich, daß die Herren Fabrikanten bereit waren in eine Verkürzung der Arbeitszeit zu willigen und zwar dergestalt, daß sie vom 1. Juli d. J. generell auf 53 Stunden festgesetzt werden sollte, während sie vom 1. Juli 1914 auf 52 Stunden wöchentlich ermäßigt werden soll. Das erstere, ein Zugeständnis, das überhaupt nicht als solches angesprochen werden kann, da jetzt schon in vielen Betrieben, an den Sonnabenden nur 8 Stunden gearbeitet wird, die Arbeitszeit tatsächlich also nur 53 Stunden beträgt und das zweite in der Art wie es unseren Vertretern unterbreitet wurde, allgemeines Erlaunen erregte. Auf die Bemerkung, daß doch zu diesem Termin in unserer Vorlage der Ablaufstermin des neuen Vertrages vorgesehen sei, wurde unseren Kollegen der Bescheid, daß sie nur gewillt seien auf Grundlage einer 5jährigen Vertragsdauer einen neuen Tarif abzuschließen und daß sie sogar gewillt seien, an der Nichtzustimmung zu dieser von ihnen erhobenen Forderung den ganzen Tarif scheitern zu lassen.

Unsere Vertreter waren nun doch einigermaßen gespannt, was die Gegenpartei als Äquivalent für diese von ihr als Grundbedingung bezichtigte Forderung an Erhöhung der Löhne bieten würde. Um diese erst einmal kennen zu lernen wurde der Antrag gestellt, dem die Gegenpartei auch zustimmte, die Beratung über die Vertragsdauer einstweilen zurückzustellen und zunächst das Angebot der Herren Arbeitgeber betreffs der Lohnhöhe entgegen zu nehmen.

Waren unsere Erwartungen schon nicht sehr hochgepannt gewesen, so hatten wir aber doch nicht geglaubt, daß man uns in punkto Löhne mit Vorschlägen kommen würde, die einer Verkürzung unserer Kollegenschaft sehr ähnlich sahen; man sollte es einfach nicht für möglich halten, daß man wagte, uns mit derartigen lächerlichen Angeboten zu kommen. Eine Erklärung kann man nur darin suchen und auch finden, daß leider es unsere Kollegenschaft selbst ist, die eine derartige Haltung der Fabrikanten hervorruft. Nur das indolente, gleichgültige, ja oftmals feindselige Verhalten eines großen Teiles unserer eigenen Kollegenschaft, die sich lange Zeit allen Bestrebungen auf Besserung ihrer eigenen Lebenshaltung entgegenstellte, kann dieses mangelnde Entgegenkommen verständlich machen. Doch hören wir einmal was uns geboten wurde:

- a) Für männliche Arbeiter, die 3 Jahre gelernt haben und sich im 1. Jahre ihrer Weiblichkeit befinden, beträgt der Mindestlohn nach dem jetzt geltenden Tarif 43 Pf.
- (Geboten wurden uns 44 Pf., also ein ganzer Pfennig Zulage.)

- b) Für dieselbe Kategorie, die aber 1 Jahr länger im Beruf tätig ist, galt bisher ein Mindestlohn von 45 Pf. pro Stunde; die Arbeitgeber boten uns 47 Pf., also ganze 2 Pf. Zulage.
- c) Für perfekte Album-, Mappen- und Galanteriearbeiten gleichfalls eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde.
- d) Für vollkommen ausgebildete Preßergolber, welche alle im Betriebe vorkommenden Arbeiten selbständig verrichten können, galt bisher eine Entlohnung von 60 Pf. als Minimum. Geboten wurde uns die respectable Erhöhung um 2 Pf.
- e) Für weniger geübte Preßergolber sowie für Beschneider bestand bisher der Mindestlohn von 55 Pf. pro Stunde.  
Für diese Kollegen hatte man überhaupt nichts übrig, die sollten also keine Zulage bekommen.
- f) Für Affordarbeiter, die nur zeitweise im Zeitlohn beschäftigt sind, wollte man auch 2 Pf. zulegen.

Nicht besser waren die Vorschläge betreffend die Arbeiterinnenlöhne, im Gegenteil, es waren sogar hier einige Verschlechterungen vorgesehen. Während bisher

- a) für ungeübte Arbeiterinnen unter 16 Jahren in den ersten drei Monaten 18 Pf. pro Stunde gezahlt wurden, sollte dieser Lohnsatz das ganze erste Jahr Geltung haben;
- b) im zweiten Jahre auf 23 Pf. erhöht werden;
- c) ungeübte Arbeiterinnen über 16 Jahre sollten auch nicht einen Pfennig an Zulage erhalten;
- d) für geübte Hilfsarbeiterinnen bestand man sich zu einer Zulage von 1 Pf. pro Stunde, also von 32 auf 33 Pf.;
- e) für vorübergehend im Zeitlohn beschäftigte Affordarbeiterinnen sollte auch eine Zulage von 1 Pf. Platz greifen, während
- f) für geübte Arbeiterinnen an den Heftmaschinen, für geübte Prägerinnen, Goldauftragerinnen und Arbeiterinnen an Maschinen mit hoher Gefahr der Lohn wie bisher auf 37½ Pf. pro Stunde bestehen bleiben sollte; also auch diesen Kolleginnen sollte kein Pfennig Lohnzulage werden.

Nachdem diese horrenden Zugeständnisse gemacht worden waren, erklärten unsere Vertreter den Herrn Fabrikanten, daß sie das eben Gehörte doch mehr für einen schlechten Witz, denn als ein Angebot auf unsere eingereichten Forderungen betrachten müssen und sie doch darum bitten, erst einmal ernsthafte Vorschläge machen zu dürfen, die überhaupt diskutabel wären. Sie machten den Vorschlag, daß doch in getrennter Beratung versucht werden möge, ob sie nicht zu anderen Vorschlägen kommen könnten. Da selbst der Verhandlungsleiter nicht bezweifeln konnte, daß das, was uns bisher geboten, mehr als zu wenig sei, um überhaupt eine Verständigung zuzulassen, so erklärten sie sich bereit, noch einmal in Beratung darüber zu treten, was an Löhnen bewilligt werden sollte. Nach erneuter Aufnahme der Verhandlungen wurden wenigstens bei einem Teil der Forderungen größere Zugeständnisse gemacht als vorher.

Für die unter a und b genannten Kollegen wurde jede weitere Lohnserhöhung abgelehnt. Für die unter c benannten sollte der Lohn sofort auf 56 Pf. und am 1. Juli 1913 auf 58 Pf. steigen, also eine Erhöhung gegen jetzt um 4 resp. 6 Pf. stattfinden. Für die unter d benannten wurden uns ab 1. Juli d. J. 63 Pf. und vom 1. Juli 1913 ab 65 Pf. geboten, also 3 resp. 5 Pf. mehr. Für die unter e benannten, denen man überhaupt nichts bewilligen wollte, war man nun auch geneigt 3 resp. 5 Pf. Zulage zu gewähren, ihren Lohn also auf 58 resp. 60 Pf. pro Stunde von 1913 ab zu erhöhen. Derselbe Zuschlag soll auch für die unter f genannten Platz greifen.

Den unter a und b genannten weiblichen Personen ging es bei den erneuten Verhandlungen ebenso wie ihren männlichen Kollegen; ihnen wurden keine weiteren Zugeständnisse gemacht, während den unter c, d und e aufgeführten Arbeiterinnen der Stundenlohn sofort um 2 Pf. und vom 1. Juli 1913 ab um einen weiteren Pfennig erhöht werden sollte. Den unter f benannten Kolleginnen sollte nur eine einmalige Lohnserhöhung um 1½ Pf., also von jetzt 37½ auf 39 Pf., zuteil werden. Eine Regelung der Lohnsätze für Affordarbeit erfolgt dergestalt, daß eine durchschnittliche Erhöhung aller Artikel in einem Betriebe um 5 Proz. eintreten soll. Dieses die Zugeständnisse, die betreffs der Löhne gemacht wurden unter dem Vorbehalt, daß sie nur von den Unterhändlern gemacht seien und nicht als endgültige zu betrachten wären, da sie zunächst die Meinung ihrer Auftraggeber einholen müßten, denn sie seien nicht zu weiteren Angeboten autorisiert gewesen als wie sie eingangs der Verhandlungen unterbreitet wurden.

Für unsere Vertreter war mittlerweile auch die Zeit herangekommen, die sie zwang, im Hinblick auf die für denselben Abend gleich nach Geschäfts-schluß angeordnete Versammlung die Verhandlungen für diesen Tag abzubrechen und eine Weiterberatung in den nächsten Tagen vorzunehmen. Eine dichtgedrängte Schar der Kollegen erwartete in „Graumanns Festhölern“ denn auch höchst ungeduldig das Erscheinen der Lohnkommission, war es doch mittlerweile bekannt geworden, daß die Vertreter noch denselben Nachmittag mit den Fabrikanten zusammen seien und war doch ein jeder einzelne interessiert und auf das höchste gespannt, was bei dieser Zusammenkunft denn nun eigentlich herausgekommen sei. Nachdem Kollege Brucks als Bericht-erfasser nach einigen einleitenden Ausführungen zu dem tatsächlichen Ergebnis der Verhandlungen überging, da machen sich allenthalben Rufe der Enttäuschung Luft, die teilweise in solche der Entrüstung übergingen. Die in der Diskussion auftretenden Redner gaben dann auch der Meinung dahin Ausdruck, daß das, was selbst in der zweiten Verhandlung als Zugeständnis von den Vertretern der Arbeitgeber mitgebracht sei, nicht der Rede wert sei, da gerade gegenüber den wichtigsten Forderungen gar kein Entgegenkommen gezeigt sei. Betrachte man nun gar das Ergebnis an der Hand der augestanden Arbeitszeitverkürzung und unter Bezug auf eine fünfjährige Gültigkeitsdauer, so müsse man zu einer glatten Ablehnung kommen. Der Lohnkommission wurde der Auftrag zuteil, bei den noch kommenden Verhandlungen alles daran zu setzen, um den von der Gesamtkollegenchaft erhobenen Forderungen auch zum Durchbruch zu verhelfen, denn es ginge nicht an, sich nur zum Maren halten zu lassen. Es wurde auch aus der Mitte der Versammlung der schon oben skizzierten Auffassung Raum gegeben, daß zum großen Teil die Kollegenchaft selbst, vornehmlich diejenigen, die nie für den Gedanken der Organisation zu haben waren, mit daran schuld seien, daß die Unternehmer zu so geringem Entgegenkommen bereit seien. Manch einem von den alten Kollegen dürfte jetzt, zumal einige Fabrikanten schon ihrem gesamten Personal, darunter manche, die schon 20—30 Jahre für ein und denselben Unternehmer gefront haben, mit der Wirkung zum 30. Juni gekündigt haben, die Erkenntnis gekommen sein, wie verkehrt es war, daß er bisher abseits von seinen Berufscollegen gestanden hat, oftmals vielleicht in der Annahme, sich dadurch bei den Fabrikanten lieb und zu machen, während ihm jetzt, wenn keine Einigung zustande kommt, dieselbe Aussicht winkt, wie seine organisierte Kollegen durch eine von den Fabrikanten beabsichtigte Aussperrung auf die Straße zu fliegen. Während der Organisierte aber einen festen Rückhalt und finanzielle Unterstützung von seinem Verband hat, so ist der Unorganisierte nur auf sich selbst angewiesen, denn der Verband hat keine Veranlassung, bei einer evtl. Aussperrung diejenigen mit zu unterstützen, die nie etwas von ihm wissen wollten. Es sollte daher ein jeder und eine jede, die es bisher unterlassen haben, sich darauf besinnen, daß es nur in seinem Interesse gelegen ist, wenn er sich seiner Berufsorganisation, als welche nur der „Deutsche Buchbinderverband“ in Betracht kommt, anschließt. Ist erst der letzte Berufsgenährige im Buchbinderverband organisiert, dann wird es auch unseren Unternehmern nicht mehr einfallen, uns mit derartig lächerlichen Zugeständnissen abspesen zu wollen. Daß es endlich auch bei uns anders wird, ist Pflicht aller im Berufe tätigen Kollegen und Kolleginnen und unsere Verbandskollegen sollten alles daran setzen, auch den letzten uns fernstehenden Berufsgenährigen für unseren Verband zu gewinnen. Gn.

### Die Bewegung bei der Firma Soennecken in Bonn und die Christlichen.

Bei der bekannten Firma F. Soennecken, Fabrik für Schreibwaren und Kontorarbeiten, traten zu Anfang vorigen Jahres die Arbeiter in eine gemeinsame Lohnbewegung. Organisiert waren dieselben im Christl. graph. Verband, Christl. Metallarbeiter-Verband, Deutschen Buchbinder-Verband und Deutschen Metallarbeiter-Verband. Als Forderungen wurden aufgestellt: 8stündige Arbeitszeit (bisher 10stündige), Stägige Löhnung, Anerkennung eines Affordtarifs und eines Arbeiterauschusses. Eine große Anzahl von Sitzungen, Versammlungen und Beratungen unter Aufsicht der beteiligten Gauleiter fanden statt. Die Verhandlungen nahmen einen einseitigen Verlauf, obgleich das Zusammenarbeiten von Organisationen der verschiedenen Richtungen natürlich kein leichtes ist.

Ueber die Vorteile einer verkürzten Arbeitszeit war man sich einig und klar. Aber in bezug auf die Affordarbeit konnte man nicht so leicht zu einem beschließenden Entschluß kommen, denn hier liegen die Verhältnisse ziemlich im argen. Einige Kollegen,

die mit der Ausarbeitung eines Affordtarifs beauftragt wurden, konnten zu keinem befriedigenden Resultat gelangen. Das Affordwesen war ein ganz systemloses, von den Meistern willkürlich gehandhabtes, so daß ein Teil der Kollegen trotz größter Anstrengungen nicht auf ihren Tagelohn kommen konnten, während andere mit leichter Mühe große Löhne einheimsten. Man änderte nun seitens der Gehilfenschaft die Forderung betreffend Affordtarif dahin ab, daß dem zu wählenden Arbeiterauschuß die Regelung des Affordsystems in Verbindung mit den Meistern und Beamten der Firma übertragen werden sollte. Die Gauangestellten wurden beauftragt, mit dem Herrn Kommerzienrat Soennecken in Verhandlung einzutreten. Dieser lehnte indessen dieses ab, da er nur mit seinen „eigenen Leuten“ verhandeln wolle. Anfang Dezember vorigen Jahres fand dann auch eine von der Betriebsversammlung gewählte Kommission Gehör beim Herrn Kommerzienrat. Dieser sprach zunächst von fremden Bekern und den verführten Arbeitern, die nicht nötig hätten, den Gewerkschaften nachzulaufen, da der Staat mit seinen Verschickungsgeboten und die Firma mit ihren Wohlfahrts-einrichtungen genügend für die Arbeiter sorge. Als unser Kollege Nießen darauf erwiderte und ihn auf einen Fall aufmerksam machen wollte, wo er (Nießen) selbst beteiligt war, wurde er von Herrn Soennecken als Lügner und Heher bezeichnet und hinausgewiesen. Die christlichen Vertreter wurden gefragt, was denn „sie“ eigentlich wollten, da doch „Christlich“ eigentlich Zufriedenheit heiße? Zu guter Letzt aber erklärte Herr Soennecken sich doch im Prinzip dahin, daß er den Wünschen der Arbeiter nicht unsympathisch gegenüberstehe. Er könne aber momentan aus verschiedenen Gründen nicht darauf eingehen, versprach aber im März wieder auf die Sache zurückkommen zu wollen. Die Arbeiterschaft sahte darauf unter Zustimmung der Organisationsleiter den Entschluß, dem Worte des Herrn Kommerzienrats zu vertrauen und bis zum März zu warten. Kollege Nießen nahm am folgenden Tage Gelegenheit, den Vorwurf, er sei ein Lügner in bezug auf die gepriesene Wohlfahrts-einrichtung der Firma, zurückzuweisen, indem er dem Betriebsleiter Ohmann die Unterschlagung seines Unterstützungsgeludes nachwies. Besagter Ohmann ist inzwischen wegen Unterschlagung im Geschäft zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden.

Die Bewegung ruhte nun bis Anfang April. Da der Prinzipal immer noch nichts verlauten ließ, verlangte die Arbeiterschaft, daß die Kommission wieder vorstellig würde. In einer gemeinsamen Sitzung der Lohnkommission wollten die Mitglieder der freien Richtung ein Erinnerungsschreiben an den Herrn Kommerzienrat nicht die Osterfreude zu verderben. Man einigte sich auf Osterdienstag, und sollte der Vorstehende des graph. Verbandes das Schreiben aufsetzen und den übrigen zur Unterschrift vorlegen. Doch dieser damit beauftragte entdeckte nachher plötzlich allerlei schwere Bedenken. Einmal darin, daß der bisherige Vertreter der freien Metallarbeiter und Vorsitzender der Lohnkommission in Kündigung getreten sei, dann weil der Kollege Nießen wegen schwerer Erkrankung aus der Kommission austreten mußte. Kurz und gut, allerhand nützliche Vorwände suchte dieser christliche Bruder hervor, um sich von seiner Aufgabe zu drücken. Die Zeit verrann, die Mitarbeiter wurden ungeduldig. Es mußte etwas geschehen. Deswegen gingen die Freiorganisierten allein vor und beauftragten den Kollegen Schröder (Hohlarbeiter) das Erinnerungsschreiben abzusenden. Dieser wurde nun bald zu den Herrn Chefs beschieden und hatte mit ihnen mehrere Unterhandlungen, die sich in sehr höflichen Formen abspielten und bei denen die Firmeninhaber erklärten, es sei nicht ihre Absicht, die Sache zu verschleppen. Verschiedene geschäftliche Umstände, Neubau usw., haben es verhindert, eher auf die Sache zurückzukommen. Zugestanden wurde die 8stündige Arbeitszeit vorbehaltlich der Genehmigung der Gewerbeinspektion, wegen der vorgetragenen Forderungen. Auch wurde zugesichert, daß ein Lohnausfall infolge der kürzeren Arbeitszeit nicht eintreten soll. Wo dieses eintreten würde, sollen die betreffenden Affordlöhne revidiert werden. Die Festlegung eines Affordtarifs auf längere Zeit sei deswegen nicht gut möglich, weil beständiger Wechsel in den Arbeitsmethoden und fortwährende Neuheiten eingeführt würden. Schröder versprach diese Zugeständnisse seinen Kollegen zu unterbreiten. Es sollte zu diesem Zweck eine Versammlung stattfinden. Die Leiter der christlichen Richtung forderten aber ihre Mitglieder auf, nicht hinzugeben, man würde schon ihre Interessen wahrnehmen. Tatsächlich fanden sich auch nur einige von ihnen ein, während die freie Richtung gut vertreten war. Die Versammlung gab sich mit den gemachten Zugeständnissen zufrieden. Herr Hornbach, den man wohl schnell aus Köln hergezitiert hatte, verlangte



dann, daß seine Organisation auch mit unterschreiben müßte. Es wurde ihm bedeutet, daß die Arbeit doch getan und nun auch nichts mehr zu unterschreiben sei. Wohl war die Versammlung dann damit einverstanden, daß auch der Zahlistellenvorsitzende vom Christl. graph. Verband die Antwort an die Firma mit unterschreiben sollte. Dieser aber lehnte ab, mit der Motivierung, nachdem der Kollege vom freien Verband allein verbannt habe, könne er auch allein unterschreiben. Hornbach zog dann über den Deutschen Metallarbeiter-Verband her, der dem christlichen Verband die Mitglieder abgetrieben habe, was während einer Lohnbewegung nicht sein dürfe. Von seinem Verband behauptet er, daß derselbe sehr beliebt sei und zugenommen habe. Sogar Uebertritte aus dem Deutschen Buchbinder-Verband seien erfolgt. Besonders hieß er auf Kollegen Nießen ein. Derselbe habe sich deswegen zurückgezogen, weil er nimmere im Wochenlohn stehe und sich gehoben fühle. Nießen leuchtete Herrn Hornbach und seiner Sippe kräftig heim und zeichnete ein Bild von ihnen, das zwar nicht schön aber naturgetreu war. Er stellte fest, daß die Führer der christlichen Zahlistelle, welche das Vertrauen des Meisters besitzen, dieses zum schlimmsten Terrorismus gegen den Buchbinder-Verband ausnützen. Da der Buchbindermeister mit Schreibarbeiten überhäuft sei, ihm infolge dessen auch manche Kenntnisse in der Buchbinderei mangeln, so habe er sich die Führer der christlichen Buchbinder zur Hilfe ausgerufen und dabei den Bod zum Gärtner gemacht. Nießen stellte dabei das Benehmen des Vorsitzenden der christlichen Zahlistelle Nimmeler gegenüber anderen Kollegen ins rechte Licht. Dieses sei derartig, daß es ihm den Namen Judas eingetragen habe. Langanhaltender Beifall folgte diesen Ausführungen. Ein Beweis, daß hier der Kollegenschaft aus dem Herzen gesprochen war und einer den Mut hatte, der Raube die Schelle umzuhängen. Nimmeler wußte nur einige Worte zu stammeln, daß er auf Nießens Beschuldigung zurückkommen werde. Der Zentrumsleuchte war das Del ausgegangen. Am folgenden Tage wurden die Ausführungen Nießens berast zurechtgestutzt und freizier der Geschäftsleitung hinterbracht, daß diese darin eine Beleidigung des Meisters erblickte und Nießen entlassen wurde. Ein langersehnter Wunsch verschiedener „guter Kameraden“ ging damit endlich in Erfüllung.

Die Geschäftsleitung gab sodann die Anordnung, die Affordlöshne zu reduzieren. Richtiger wäre allerdings eine Revision gewesen, da es mit der Verteilung der Affordarbeiten im höchsten Grade ungerecht zugeht. Die guten Arbeiten bleiben den „guten Leuten“ reserviert, dadurch, daß den christlichen Führern die Verteilung der Arbeiten durch Arbeitskarten ermöglicht wird. Diese Leute werden nun schon dafür sorgen, daß alles beim alten bleibt und Abzüge vielleicht nur dort erfolgen, wo es nicht angebracht ist. Dann verbreitet man die Lüge „die Abzüge verbannten wir den freien Buchbindern.“ Wer in Nr. 10 der „Graphischen Stimmen“ den Bericht über die Lohnbewegung gelesen hat und damit den nachfolgenden Bericht aus Köln in gleicher Nummer zusammenhält, der muß unwillkürlich an die Worte des Dr. Sigl denken: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.“ Denn die Praktiken, die man unseren Kölner Kollegen andichtet, üben unsere christlichen Brüder in Bonn in weitestem Maße wirklich aus. Nur dadurch, daß die christlichen Führer in oben geschilderter Weise Arbeitsverteilung, Verdienste und Kontrolle in der Hand haben und gegen unsere Kollegen ausnützen, war es ihnen möglich die Oberhand zu bekommen. Da paßt der von dem christlichen Verbandsschlichter immer und immer wieder bis zum Ekel zitierte Satz: „Ohne rot kein Brot“ wunderbar schön dazu. Wir wissen ganz genau, daß im christlichen Verband in Bonn genug Kollegen stehen, die innerlich zu uns gehören. Diese sollten ihr Angstgefühl abstreifen und sich nicht so beeinflussen lassen. Eine einheitliche geschlossene Organisation ist das bei weitem richtigere. Unsere Lohnbewegung wäre weit leichter und besser konstatieren gegangen, wenn ein einheitliches Wollen und Streben alle befehle. Darum, Kollegen, tretet dem großen Deutschen Buchbinderverband bei, der wirklich imstande ist die Berufsinteressen zu vertreten. Nur ein offenes freies Bekenntnis seiner Gesinnung ziert den Mann. Ihr habt gesehen, es geht auch ohne den christlichen Verband. Tut es daher Eueren Arbeitsbrüdern in der Metallbranche gleich, die sich in Massen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen, nehmt Euch gleichfalls ein Beispiel an den Holzarbeitern, die ebenfalls einheitlich organisiert sind und schon weit eher zur 9stündigen Arbeitszeit gelangten. Nur dann wird es gelingen, diese ungelundenen Affordberhältnisse auf eine gerechte und solide Basis zu bringen.

Internationales.

Schweiz. Bericht vom schweizerischen Buchbinder-Verbandstag. Es gehört wirklich ein grosses Mass von Opferwilligkeit dazu, die herrlichen Pfingsttage zu opfern, um hier, in der schönsten Stadt der schönen Alpenrepublik, im Angesicht eines prächtigen Feiertagswetters und des lockenden Genfer Sees mit seinen Bergriesen im Hintergrunde, ernste Organisationsarbeit zu verrichten. Und diese Opferwilligkeit haben die 30 Delegierten und sonstigen Vertreter des schweizerischen Verbandes, die hier ihren 13. Verbandstag abgehalten haben, restlos erfüllt. Wohl lockte das Rauschen der grünen Rhone, die unter den Fenstern des Tagungslokales geräuschvoll sich ergiesst, ins Freie; nicht minder die silbern in der Sonne glitzernden Gipfel der Savoyer Alpen und die französischen Ufer des imposanten Lac Lemane wie auch die vielen Sehenswürdigkeiten der ehemaligen Hochburg der Bakuninischen Jura-Föderation — allein es wurde tapfer ausgehalten und viel Arbeit geleistet. Samstag abends von 8 bis 12, Sonntag von 8 bis 6 Uhr und Montag von 8 bis 12 Uhr — fürwahr, ein arbeitsreiches Pfingstfest. Nur abends gönnte man sich ein wenig Rast; man trank echten Waadtländer Wein und ass Genfer Bretzeln dazu. Und ohne lärmende Kommerzüberflüssigkeiten war alsbald alles in fröhlichster Stimmung. Sintemalen polizeiliche Ueberwachung und anderer störender Firtlefanz im Lande Wilhelm Tells unbekannte Dinge sind . . .

War auch die Oüvertüre der Verhandlungen wenig erbaulich und interessant (die Fehde gegen den früheren Verbandsvorsitzenden König endete schliesslich damit, dass man ihm gegen den Protest des jetzigen Vorstandes einstimmig den Dank des Verbandes für geleistete Dienste aussprach und eine Gratifikation von 100 Fr. spendete), so zeigten doch die ferneren Verhandlungen viel interessante Momente. Besonders bei der Frage der Einführung der Alters- und Invalidenversicherung. Die Kollegen in St. Gallen, eine der stärksten Sektionen des Verbandes, wollten, dass ein Fonds angelegt werde, der mit 10 000 Fr. aus der Krankenkasse subventioniert und als Anfang einer Invalidenversicherung betrachtet werde. Aber trotz sehr geschickter Begründung durch die Antragsteller ging der Verbandstag noch nicht darauf ein. Man vertröstete sich gegenseitig auf 2 Jahre. Begründend wurde dazu von den Züricher und anderen Kollegen ausgeführt, dass der Verband mit seinen 930 Mitgliedern noch viel zu klein dazu sei, dass die Organisation dazu auch noch zu jung und die Einführung einer solchen Unterstützung eine zu grosse finanzielle Belastung für die Mitglieder bedeute. Weit nötiger sei eine gefüllte Kriegskasse, damit man endlich mit den niedrigen Löhnen und der vielfach noch langen Arbeitszeit aufräumen könne. Die Einführung einer Invalidenunterstützung, so führte der frühere Zentralpräsident aus, dürfe erst das allerletzte Postulat im Ausbau der Unterstützungseinrichtungen sein.

Aus ähnlichen Gründen musste man auch die beantragte Beitragserhöhung ablehnen. Es wurde erklärt, der Buchbinderverband zahle schon jetzt fast die höchsten Beiträge — nur die Lithographen und Typographen übertreffen ihn! — und mehr wie 1 Fr. (80 Pf.) nebst den Lokalzuschlägen könne man von den Mitgliedern auf keinen Fall verlangen. Der Verband macht zwar ständig Fortschritte, aber nur sehr langsam. 1906 hatte er 540, 1907: 630, 1908: 620, 1909: 774, 1910: 929 Mitglieder. Das Vermögen des Verbandes ist freilich ein klein wenig schneller, nämlich von 38 220,65 Fr. auf 55 709,95 Fr. angewachsen. Die Verbandskasse verzeichnet an Ausgaben 1910: 8262,76 Fr., die Krankenkasse 7475,45 Fr. Insgesamt gab der Verband aus für Unterstützungen pro Mitglied in den Jahren 1906: 2,98 Fr., 1907: 4,04, 1908: 22,79 (infolge erhöhter Krankenunterstützung), 1909: 10,99 Fr. (die Krankenunterstützung war schnell wieder reduziert worden). Da auch die Verwaltungskosten von 0,63 Fr. im Jahre 1906 auf 4,83 gestiegen sind, konnte auch der Antrag Zürich, endlich einen besoldeten Sekretär anzustellen, noch keine Mehrheit finden. Nach wie vor wird deshalb das Amt des Verbandsvorstandes und das des Kassierers usw. ehrenamtlich verwaltet. Zwar machte der in der Debatte wiederholt erwähnte Brief des Kollegen Kloth an den schweizerischen „Buchbinder“, worin er mitteilte, dass der Deutsche Buchbinderverband auch noch sehr klein war, als er seinen ersten Beamten anstellte, Eindruck, aber

mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Verbandes wurde der Antrag abgelehnt. Nur die vier Züricher Delegierten stimmten dafür. Ein Eventualantrag, zum nächsten Verbandstag die Frage zu ventilieren, wurde ebenfalls mit grosser Mehrheit abgelehnt. Die Frage ist halt für die schweizerischen eigenartigen Verhältnisse noch nicht reif. Zwar soll es nach ungefährer Schätzung 6000 Organisationsfähige geben, allein die sind sehr schlecht zu erreichen, da der Grossbetrieb nur in Zürich, Erlenbach, St. Gallen und Bern vertreten ist, die anderen aber in zahllosen kleinen Nestern und schwer zugänglichen Alpentälern zerstreut sind.

Die Einführung einer Hinterbliebenenunterstützung fand keine Widersacher. Es wurde zwar ausgeführt, die Werbekraft des Verbandes sei noch stets nur in Lohnkämpfen am grössten gewesen, allein für die älteren Mitglieder wolle man doch noch etwas mehr tun als bisher. Man gewinne ja auch mit dieser Unterstützung so manches Mitglied, das man dann innerhalb der Organisation zielbewusst aufklären, bilden und erziehen müsse.

Anträge, die auf das achttägige Erscheinen des in zwei Sprachen erscheinenden Verbandsorgans hinielten, wurden abgelehnt, dagegen beschlossen, das Format des Blattes zu vergrössern. Interessant ist, dass jede Nummer des Blattes eine von einem besonderen Redakteur redigierte Beilage in französischer Sprache enthält, obwohl nur etwa 50 welsche und romanische Kollegen (in Lausanne, Fribourg, Chaux-de-Fonds und Genf) dem Verbandsangehören! Man begreift es daher, dass der Verbandstag die Wünsche der 50 französisch sprechenden Kollegen, die sogar wollten, dass auch die Halbjahrsberichte in französischer Sprache gedruckt werden, glatt ablehnte. Es ist wahrlich ein grosses Entgegenkommen, dass der Verband die Jahresberichte in zwei Sprachen drucken lässt.

Beschlossen wurde noch, dass der Zentralvorstand eine Enquete über Ueberzeitarbeit und Frauen- und Mädchenarbeit aufnimmt, dass vor Eintreten in eine Lohnbewegung jeder Beteiligte einen Verpflichtungsschein zu unterschreiben hat, und dass kein Mitglied, welches Meister geworden ist, ein Amt im Verbands bekleiden darf.

Nicht leicht war es, den ferneren Sitz des Verbandsvorstandes zu bestimmen. Die Berner Kollegen weigerten sich auf das allerentschiedenste, den Sitz weiter zu behalten. Man wollte, dass St. Gallen das Zentralpräsidium stelle. Aber der Verbandstag beschloss trotz allen Protestierens der Berner, den Sitz nach wie vor in Bern, als der Bundeshauptstadt, zu belassen. Sollte sich die Sektion trotzdem weigern, das Präsidium zu stellen, so soll — ein nicht gerade glücklicher Beschluss! — ein ausserordentlicher (Extra-)Verbandstag einberufen werden. Hoffen wir, dass die Berner Kollegen trotz der schwerwiegenden Argumente, die sie ins Feld führten, sich einem einmütigen Beschlusse des Verbandstages nicht widersetzen!

Nachdem nun festgesetzt war, dass die Verbandstage wie bisher alle zwei Jahre und der nächste im schönen Luzern, der Perle der Schweiz, stattzufinden habe, fand der sehr arbeitsreiche und im ganzen fruchtbar verlaufene Verbandstag sein Ende. Eine Anzahl Delegierte machten noch einen Abstecher nach Frankreich, einige andere besuchten bei Veyriers, ebenfalls auf französischem Boden, jene durch einen schlichten Stein bezeichnete Stelle, wo Ferdinand Lassalle im Duell fiel — und 24 Stunden später war auch der letzte von ihnen wieder in der Tretmühle der täglichen Arbeit. Aber noch lange werden sie zurückdenken an das schöne Genève des berühmten Jean Jacques Rousseau, mit seinen Museen, Denkmälern, Parks und seinen schönen Frauen mit dem reizenden französischen Einschlag. Zwischen Genf aber und Luzern werden heftige Kämpfe liegen mit dem Ziel: Erringung des Neunstundentages. Wir wünschen von Herzen, dass unsere unter so schwierigen Verhältnissen arbeitenden Kollegen in der Schweiz alle mit bestem Erfolge bestehen mögen! R. Albert.

Korrespondenzen.

Gesperert sind:

- Österreich:
- Dimich (die Firma Kullil);
- Tetschen-Wodenbach (die Firma F. W. Stopp);
- Warschdorff (die Firmen Dpik und Strahe).

Buchbinder und Kartonnagenarbeiter haben sich vor Annahme von Arbeit nach dem Gau 13, Hofgeismar (Firma K e s e l e r g), Langensalza und Zürich (Schweiz), Buchbinder und Linierer vor Annahme von Arbeit nach Hannover bei den Bevollmächtigten nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen.

**Barmen-Elberfeld.** Am Sonntag, den 25. Juni, fand eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Zahlstelle statt, die sich mit folgender Tagesordnung beschäftigte: 1. Sollen wir den Tarif kündigen? Referent Kollege Groenhoff. 2. Diskussion und Abstimmung.

Der Vorsitzende, Kollege Schaab, hieß die Erschienenen herzlich willkommen, wünschend, daß der Versammlungsbesuch stets so gut sein möge. Dann wies er noch darauf hin, daß nur Verbandsmitglieder Zutritt hätten und sich an der Abstimmung beteiligen könnten.

Darauf erhielt Kollege G r o e n h o f f das Wort. In einem großzügigen Referat schilderte er die Entstehung des gegenwärtigen, bis Ende des Jahres gültigen Tarifs, streifte die Schwierigkeiten, welche damals zu überwinden waren und die Wirkungen, welche der Tarif für die Berufsangehörigen hatte. Darauf gab er einen gedrängten Hinweis auf das Wesen der Tarifgemeinschaft und kam zu dem Resultat, daß, alles in allem genommen, ein tariflicher Zustand vorzuziehen sei und im Interesse von Arbeitern und Unternehmern liege. Die Tarifgemeinschaft sei zwar kein Allheilmittel für alle sozialen Schäden und bedeute nicht das soziale „Friedensinstrument“, als welches es von einer Seite gepriesen würde, andererseits sei sie aber auch nicht dazu angetan, die Gewerkschaftsbewegung zur Vermumpfung zu führen. Vielmehr sei sie eine naturnotwendige Folge der Lohnkämpfe und geeignet, für eine gewisse Zeit den Frieden zu sichern und den Minimallohn zu garantieren. Zwar sei ein Tarif an und für sich ein wertloses Stück Papier, wenn nicht eine starke und zielbewusste Organisation dahinter stehe und die beteiligten Arbeiter selbst dafür sorgen, daß die Bedingungen eingehalten werden. Auch haben sie dafür selbst zu sorgen, daß die Minimallohne nicht zu Maximallohnen erstarrten, eine Tendenz, die stets auf Seiten der Unternehmer vorhanden ist. An verschiedenen Beispielen wies Redner dies nach. Zur Frage der Tarifkündigung übergehend, stellte Redner an Hand der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse fest, wie sehr seit dem Abschluß des bestehenden Tarifs die Lebenshaltung verteuert wurde. Dadurch seien nicht nur die vor fünf Jahren erzwungenen minimalen Verbesserungen vollständig wieder aufgehoben, sondern noch ganz bedeutende Verschlechterungen eingetreten. Aus dem Grunde sei auch die Ortsverwaltung überzeugt, daß es zur Tarifkündigung kommen werde. Darüber habe nun die heutige Versammlung zu entscheiden. Es sei wohl dabei zu bedenken, daß es ein erster, folgenreicher Schritt sei, den jeder wohl reiflich überlegt haben würde. Ortsverwaltung und wahrscheinlich auch die zu wählende Tarifkommission würden zwar alles tun, um auch diesmal wieder auf friedlichem Wege zu einem neuen Tarifabschluß zu gelangen. Ob das aber möglich sei, hänge von einer ganzen Reihe von Umständen ab. Vor allem aber davon, daß die Organisation stark daftue. Sie hat in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht. Aber es stehen noch manche Kollegen und Kolleginnen abseits. Diese auch noch zu gewinnen, muß das Bestreben aller Mitglieder sein. Dann wird die Tarifbewegung zu einem guten Abschluß gelangen.

Der große Beifall, welcher dieser Rede folgte, bewies, daß die Mitgliedschaft gewillt ist, den vorgezeichneten Weg zu beschreiten. Die anschließende Diskussion bestätigte dies. In derselben wurde mehrfach hervorgehoben, daß die gegenwärtigen Lohnverhältnisse in der Buchbinderei, Musterfabriken und Kartonnagenindustrie unzulänglich und verbesserungsbedürftig sind.

Nachdem seitens der Versammlungsleitung darauf hingewiesen wurde, daß die Versammlung sich heute nicht in Aufstellung von Einzelwünschen betriebe, sondern sich mehr an die prinzipielle Seite der Frage halten möge, fand ein Antrag auf Schluß der Debatte Annahme. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 25. Juni 1911 im „Hotel Segelich“ tagende außerordentlich zahlreich besuchte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Barmen-Elberfeld erkennt einstimmig an, daß die derzeitige Entlohnung der Arbeiterchaft in der Buchbinderei, Kartonnagen- und Musterfabrikenindustrie des Wuppertales vollkommen unzulänglich ist. Namentlich seit Abschluß des Tarifes haben sich die Lebensbedingungen derart verteuert, daß ein Minimallohn von beispielsweise 23 Mk. für einen erwachsenen Arbeiter als durchaus ungenügend anzusehen ist.“

Die Versammlung beauftragt daher die Lohnkommission, eine den heutigen teuren Zeiten angepaßte Vorlage auszuarbeiten und der baldigt tagenden Mitgliederversammlung vorzulegen.

Es ist feststehend, daß es nur einer straffen, alles umfassenden, einigen Organisation möglich ist, mit dem Arbeitgeberum die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinbaren, wie sie zurzeit unerlässlich sind.

Die Versammelten versprechen deshalb, allesamt in der Agitation unablässig tätig zu sein, damit möglichst alle Berufsangehörigen der zuständigen Organisation, dem Deutschen Buchbinder-Verband, zugeführt werden.“

Es wurde sodann beschlossen, eine sieben-gliedrige Lohnkommission zu wählen. Die dafür in Vorschlag gebrachten Kollegen und Kolleginnen wurden ebenfalls einstimmig gewählt.

Es fand sodann noch eine Diskussion über die bisherige Agitation statt und wurde von dem Vorsitzenden der Agitationskommission besonders darauf hingewiesen, daß fleißig gearbeitet worden sei, auch Erfolge erzielt wurden, daß es aber unbedingt nötig sei, daß sämtliche Mitglieder sich an der Agitation beteiligen.

Nach einem kurzen anfeuernden Schlußwort des Kollegen Groenhoff schloß der Vorsitzende die vom besten Geist besetzte Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Buchbinder-Verband und die Lohnbewegung.

**Brieg.** Eine plötzliche Unterbrechung erfuhr das Stillleben der Mitglieder der Zahlstelle Brieg. Die Presser der Firma G. hatten schon längere Zeit Beschwerden über die Verletzung des Metalls, es war ihnen unmöglich, bei den dort bestehenden niedrigen Preisen mit derartigem Material auch ein nur einigermaßen anständigen Verdienst zu erzielen. Trotz alledem stand der größte Teil der Beschäftigten der Organisation gleichgültig gegenüber. Bis endlich das Material so schlecht wurde, daß ein Verdienst überhaupt nicht mehr zu erzielen war. Kurz entschlossen legten sämtliche Kollegen und Kolleginnen die Arbeit nieder, und erst jetzt kam ihnen die Ueberzeugung, daß ein Kampf ohne Organisation nicht geführt werden kann und traten sie nunmehr dem Verbande bei. Trotzdem also der größte Teil der Beteiligten bis dahin der Organisation ferngeblieben hatte, sahen wir uns doch veranlaßt, einzugreifen. Es gelang auch nach wiederholten Verhandlungen mit der Geschäftsleitung, das Versprechen zu erhalten, daß besseres Material geliefert wird, aber außerdem wurde auch eine Erhöhung der Akkordpreise erreicht und zwar wurden die Preise der Presser um 5 Proz. sofort und 5 Proz. am 1. Oktober d. J. und die Preise der Presserinnen um 16 Proz. sofort erhöht. Allerdings muß auch hier betont werden, daß wir die sofortige Arbeitsniederlegung ohne Zustimmung der Organisationsleitung nicht gutheißen können. Im Gegenteil müssen wir unter allen Umständen verlangen, daß unser Reglement für Lohnbewegungen strikte eingehalten wird, denn ohne diese Ingeschiedlichkeit wäre es in diesem Falle gelungen, ein noch besseres Resultat zu erzielen. Den Brieger Kollegen und Kolleginnen ist hier ein Beispiel gegeben, daß es nur des Zusammenschlusses bedarf, um auch hier die so notwendige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Darum Kollegen und Kolleginnen von Brieg, die ihr noch gleichgültig der Organisation gegenübersteht, hinein in den Deutschen Buchbinderverband, denn nur in der Einigkeit ruht die Kraft.

**Hannover.** Die am 16. Juni stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit dem Antrage des Vorstandes, den Lokalbeitrag von der 27. Woche an für weibliche Mitglieder von 10 auf 5 Pf. und für männliche Mitglieder von 30 auf 20 Pf. herabzusetzen. Goppert und Kornacker begründeten diesen Antrag damit, daß die gegenwärtig unter den Mitgliedern herrschende Unzufriedenheit den Vorstand zu diesem Antrage veranlaßt habe. Es sei ein trauriges Zeugnis von Opferwilligkeit, daß die Kollegenschaft nicht dazu beitragen wolle, die durch den Streit entstandenen Verbindlichkeiten möglichst bald zu beseitigen. In lebhafter Diskussion wurde von verschiedenen Kollegen die Notwendigkeit der Beibehaltung des Beitrages betont. Von anderer Seite jedoch dagegen eingewandt, daß eine Anzahl Kolleginnen und Kollegen gegenwärtig nur mit geringem Verdienste rechnen könnten. Dieses sei besonders in der Buchbinderei II der Firma König u. Schardt der Fall, wo z. B. ein Kollege, der bereits 25 Jahre im Betriebe beschäftigt gewesen sei, mit einem Wochenverdienst von 14 bis 15 Mk. auskommen müsse. Es sei dieses Schicksal des Werkmeisters, der diesem Kollegen bei einer Gelegenheit die Worte sagte: „Reine zu leiden, ohne zu klagen.“ Obgleich seit Wochen allseitig gegen den hohen Lokalbeitrag opponiert wurde, waren dennoch die hauptsächlichsten Opponenten in der Versammlung

nicht antretend und ergab die Abstimmung nur ein Mehr von 4 Stimmen für die Herabsetzung. Im weiteren bringt Kornacker der Versammlung zur Kenntnis, daß vom Werkmeister Schmidt der Firma König u. Schardt versucht werde, in der Liniererteilung Akkordarbeit einzuführen. Obgleich ein Tarif mit uns abgeschlossen, seien jedoch die Kollegen bei Festsetzung der Akkordpreise nicht gehört worden, die Preise seien auch derart festgesetzt, daß die Kollegen nicht in der Lage wären, damit auszukommen. Aus dem Briefwechsel mit der Firma gehe hervor, daß die Geschäftsleitung über die sich in der Liniererteilung abspielenden Vorgänge falsch unterrichtet sein müsse. So sei durch eine willkürliche Umstellung der Wochenverdienste zweier Kollegen eine Verminderung ihrer Arbeitsleistung konstatiert worden, während tatsächlich bei richtiger Einstellung eine Steigerung zu konstatieren sei. Die Verhältnisse in der Liniererteilung seien schon seit langem in ganz Deutschland als äußerst ungünstig bekannt, daher komme es auch, daß die Firma nicht in der Lage gewesen sei, die seit dem Herbst vorigen Jahres freigewordenen 8 bis 10 Liniererstellen durch gelernte Leute zu besetzen, vielmehr sich begnügen müsse, Lehrlinge und ungelernete Arbeiter an die Maschinen zu stellen.

**Hamburg-Altona.** In der Mitgliederversammlung am 20. Juni gibt der Vorsitzende das Ableben der Mitglieder Bonak und Frau Wehmann bekannt. Das Andenken derselben wird in der üblichen Weise geehrt. Ueber den am 4. Juni in Bremen stattgefundenen Gantag berichtet Redner. Die Diskussion ist eine sehr lebhaft. Die durch einen von dem Redakteur Michaelis auf dem Gantag gehaltenen Vortrag berührte Arbeiterinnenfrage ergibt eine längere Erörterung. Es wird hervorgehoben, daß leider vielfach die Arbeiterinnen in unserem Beruf zu Arbeiten herangezogen werden, die unbedingt Gehilfenarbeiten sind; dies liege aber hauptsächlich daran, daß in dem Leipziger Tarif die Grenzen zwischen Gehilfen- und Frauenarbeit nicht scharf genug gezeichnet seien. Zu dem 2. Punkt der Tagesordnung, Abführung eines Tagelohnes am 1. Mai, führt Redner aus, daß es leider die Kollegen von Auer u. Co. nicht für notwendig hielten, dem in der Kartellversammlung gefassten Beschluß nachzukommen; nur eine kleine Anzahl, und zwar hauptsächlich Kolleginnen hätten einen Teil abgeführt. Am bedauerlichsten sei es, daß gerade die älteren Kollegen auf die übrigen eingewirkt haben, diesem Beschluß nicht nachzukommen. Kollege Grimm führt die Gründe an, die sie benoegen hätten, dem nicht nachzukommen. Erstens halte er den Beschluß für undurchführbar. Das habe eine Umfrage in den übrigen Kartellbetrieben in Deutschland gezeigt, denn nirgends sei der Tagelohn abgeführt. Zweitens bedeute dieser Beschluß eine Ausnahmestellung und -Besteuerung. Nur um gegen diesen Beschluß zu demonstrieren, hätten sie die Abführung verweigert. Des weiteren verweist der Redner auf die Erklärung des Verbandsvorstandes in Nr. 11 der „Buchbinder-Zeitung“, wonach niemand diesem Beschluß nachzukommen braucht. Es könne sie auch niemand dazu zwingen, und sie würden bis an die höchsten Instanzen gehen, wenn dieses etwa versucht werden solle. Sämtliche nachfolgenden Redner aus der Mitte der Versammlung beurteilen auf das Schärfste das Verhalten der Kollegen bei Auer u. Co. Wenn es ihnen nur darum zu tun gewesen sei, gegen den Beschluß zu demonstrieren, so hätten sie andere Wege einschlagen müssen, das jetzt geübte Verhalten bedeute eine Disziplinlosigkeit, die, wie ein Redner ausführte, beinahe so wie Streikbruch zu bewerten sei. Wenn die Kollegen die Erklärung des Verbandsvorstandes heranziehen, welche, wie von mehreren Rednern betont wird, von der Mehrzahl der Mitglieder nicht gebilligt werden kann, so sei diese in diesem Falle nicht in Betracht zu ziehen, da dort gegen eine freiwillige Befolgung der betr. Beschlüsse nichts eingewendet wird, die Kollegen bei Auer u. Co. aber eine gemeinsame Verweigerung angestrebt haben. Betreffs der Ausnahmebesteuerung wird ausgeführt, daß andererseits die Kollegen gegen eine Ausnahmebestellung, die sie durch Gewährung besserer Lohnbedingungen, kürzerer Arbeitszeit usw. genießen, nichts einzuwenden hätten; des weiteren sei doch nur durch die allgemeine Arbeiterbewegung in den Genuss dieser Vorteile gelangt seien, so daß sie auch verpflichtet sind, besondere Opfer für dieselbe Allgemeinheit zu bringen. Das Verhalten sei nur durch das trasseste materielle Interesse bedingt. Wenn auch kein Zwang ausgeübt werden kann, in den Augen der übrigen Arbeiterschaft sind sie gerichtet. Ueber die letzten Kartellversammlungen erstattet Ferning kurz Bericht. Mehrere Redner rügen die eigenartigen Vorkommnisse bei der Anstellung des Bibliothekars bei der Bibliothek des Kartells. Es hätte gefordert werden müssen, dort einen Buchbinder als Bibliothekar angustellen. Am Sonntag, den 9. Juli, veranstaltete die Zahlstelle eine Dampftour nach Finkenwärder.



**Hannau.** Am Freitag, den 23. Juni, fand im Gewerkschaftshaus zu Hannau eine gut besuchte öffentliche Etuisarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: „Was bringt uns der Verbandstag der Etuisfabrikanten?“ Referent Kollege Eberhard, Frankfurt a. M. Der Referent verstand durch seinen fesselnden Vortrag der Versammlung das Vorhaben der Etuisfabrikanten betreffend Gründung gelber Gewerkschaften eingehend zu schildern. Die Versammlung war der Ansicht, daß der Verbandstag der Etuisfabrikanten sich lieber mit der Zollvorlage und deren Schäden für die Etuisindustrie als mit Gründung gelber Gewerkschaften befassen sollte. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 23. Juni im Gewerkschaftshaus zu Hannau stattfindende öffentliche Etuisarbeiterversammlung erblidit in der Tagung des Verbandstages der Etuisfabrikanten eine Gefahr für die Tarifgemeinschaft.“

Die Versammelten versprechen, ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß die Gründung gelber Gewerkschaften vereitelt wird.

Als einzige Organisation zur Vertretung der Arbeiterinteressen gilt für die Etuisarbeiter der Deutsche Buchbinderverband, für dessen Verbreitung sie mit aller Energie zu wirken versprechen.“

**Gau 14.** Es ist nunmehr gelungen, in Mühlhausen den festen Fuß zu fassen. Nachdem die dortigen Kollegen gesehen haben, daß ihre schon an sich nicht rosigte Lage keine Besserung verspricht, sind seit April 1910 19 Kollegen dem Verbands beigetreten. Wenn man bedenkt, daß dort zurzeit ungefähr 120 bis 150 Kollegen und Kolleginnen beschäftigt sind, dann sind diese 19 noch immer nur ein kleiner Teil. Wir hoffen jedoch, schon in nächster Zeit noch mehr Erfolge zu erringen. Es wäre dies um so mehr zu begrüßen, da die Arbeits- und Lohnverhältnisse recht ungünstig sind. Durchschnittlich werden 9 bis 10 Stunden gearbeitet. Der Lohn schwankt zwischen 18 und 24 Mk. Die vom dortigen Vertrauensmann Althuser übernommenen Verpflichtungen machen es demselben schwer, da die Kollegen weit auseinander entfernt wohnen und zu den Versammlungen nicht gerade zahlreich erscheinen.

Leider ist **M a r t i c h** eingegangen. Dort wurden die Kollegen gezwungen, aus dem Verbands auszutreten, wenn sie nicht ihrer Stellung verlustig gehen wollten. In **M e k i. S.** ist schwer anzukommen. Die Buchbinderei Bayer in **M e k** hat ständigen Wechsel wegen schlechter Behandlung, da es der Inhaber nicht an Kraftausdrücken fehlen läßt. Wir raten deshalb, **Z u g f e r n z u h a l t e n**, bis dort bessere Verhältnisse eingetreten sind.

**Rundschau.**

**Zur Tarifbewegung der Heisearbeitersattler und Portefeuller in Berlin, Offenbach und Stuttgart.** In Offenbach a. M. haben zentrale Verhandlungen auf der Grundlage des vom Verbands der Sattler und Portefeuller eingereichten Tarifentwurfes stattgefunden. Die Einschränkung der Heimarbeit und Beseitigung der durch das Zwischenmeisterystem hervorgerufenen Auswüchse war der Kardinalpunkt der Beratungen. Schließlich kam eine Vereinbarung zustande, wonach Heimarbeiter nur eingestellt werden können, wenn sie das 20. Lebensjahr erreicht haben. Der Hilfskräfte irgendwelcher Art (Rehlinge, Arbeitsburschen, Arbeiterinnen) beschäftigt, muß mindestens 24 Jahre alt sein; in örtlichen Verhandlungen gelang es, die Altersgrenze für Heimarbeiter auf 21 Jahre festzusetzen. Der zu schaffende Tarifvertrag wird auf alle Heimarbeits-Zwischenmeister- und Filialbetriebe ausgedehnt. Die Fabrikanten dürfen niemanden beschäftigen, der seinen Hilfskräften die Vergünstigungen und Bestimmungen des Vertrages versagt. Wird einem Fabrikanten durch die Arbeiterorganisation mitgeteilt, daß er Waren kauft oder anfertigen läßt, die nicht unter tariflichen Bestimmungen hergestellt sind, so hat er den Einkauf solcher Ware einzustellen. Zwischenmeister und Heimarbeiter sind sofort zu entlassen bzw. bekommen keine Beschäftigung, wenn sie den Tarif nicht durchführen. Weigert sich der Fabrikant, diese Maßregeln auszuführen, so kann er in seinem Hauptbetrieb und in all seinen Zweigniederlassungen bestraft und von der Schlichtungskommission in eine empfindliche Geldstrafe genommen werden.

Bei Beratung der auf **L o h n e r h ö h u n g** und **A r b e i t s z e i t e r k ü r z u n g** gestellten Anträge wurde von den Unternehmervertretern die hohe Belastung in den Vordergrund gerückt, die dadurch das Zwischenmeisterystem erleiden würde, wodurch nach Ansicht der Unternehmer der Portefeullesindustrie Deutschlands der Lebensruhm abgedrückt würde. Die Arbeitervertreter gestanden diese Bedenken und verwiesen darauf, daß ohne Vorbeugungsmaßregeln gegen die Auswüchse der Heimarbeit von den Arbeitern kein Tarifvertrag akzeptiert werden könne.

Die Arbeitszeit für Berlin wurde auf 53 Stunden, ab 1. Juli 1914 auf 52 Stunden, für Offenbach auf 54 Stunden, ab 1. Juli 1914 auf 53 Stunden reduziert. In den Zwischenmeisterbetrieben auf dem Lande tritt ab 1. Juli 1911 die 56stündige, 1. Juli 1912 die 55- und ab 1. Juli 1913 die 54stündige Arbeitszeit ein. Die Mindestlöhne in Berlin und Offenbach wurden wesentlich erhöht, in manchen Fällen bis zu 4 Mk. wöchentlich. In Berlin wurde anstatt des bisherigen Durchschnittslohnes von 50 Pf. pro Stunde ein Mindestlohn von 55 Pf. pro Stunde durchgesetzt, in Offenbach soll er 43, ab 1. Juli 1913 44 Pf. betragen. Die Affordlöhne müssen in Gemeinschaft mit den Arbeitern revidiert und durchschnittlich um 5 Proz. erhöht werden mit der Maßgabe, daß besser bezahlte Artikel eine niedere, schlechter bezahlte eine höhere Zulage bekommen müssen. Die Zeitlohnarbeiter Berlins erhalten am 1. Juli 1911 5 Proz. Zulage, diejenigen, die weniger als 24 Mk. verdienen, am 1. Juni 1912 wiederum 3 Proz. und am 1. Juli der beiden folgenden Jahre weitere 2 Proz. erhalten. Den Zeitlohnarbeiterinnen soll eine einmalige Prozentanteils Lohnenerhöhung gewährt werden. Die Affordlöhne müssen in Gemeinschaft der Werkstat-, Heimarbeiter und Zwischenmeister festgesetzt und im Lohnsatz eingetragen werden. Bis jetzt brauchen die Arbeiter nur gehört zu werden. Stellt sich heraus, daß ein Arbeiter oder Zwischenmeister unter dem Lohnbuch festgesetzten Preis arbeitet, so hat die Arbeiterorganisation die Pflicht, den Unternehmer vor die Schlichtungskommission zu laden, um die Differenz einzuklagen, die aber nicht dem billiger Arbeitenden zufällt, sondern den beiden Organisationen. Ueberhaupt tritt in Zukunft nur noch die Organisation als Kläger auf. Fabrikanten, die Werkstatarbeiter entlassen und an deren Stelle Heimarbeiter oder Zwischenmeister einstellen, sind als tarifbrüchig zu betrachten. Den Außerhausarbeitern werden sämtliche Fortuntrennungen gestiftet oder eine angemessene Entschädigung dafür gezahlt. Heimarbeiter, die nur für einen Arbeitgeber arbeiten, sind bei der örtlichen Zwangsrentenentlastung gegen Krankheit zu versichern, wo dies nicht möglich, hat der Unternehmer ein Drittel des Beitrages zu einer Krankentasse zu zahlen, die dem § 75 des Krankentassegesetzes unterstellt ist. Zur Invalidenversicherung zahlt der Unternehmer die Hälfte des Beitrages. Tritt das Hausarbeitsgesetz in Kraft und wird dadurch die Heimarbeit der Portefeullesindustrie belastet, so soll das Zentraltarifamt deswegen zusammenzutreten. Die Berliner Unternehmer geben die Erklärung ab, daß sie eventuell dadurch entstehende Kosten zu tragen gewillt sind. — Bei schlechtem Geschäftsgang ist die Arbeitszeit bis auf 7 Stunden täglich zu verkürzen, ehe Arbeiterentlassungen vorgenommen werden dürfen; Heimarbeiter und Zwischenmeister sind darin den Werkstatarbeitern gleichgestellt. — Allerdings bedingen alle diese Zugeständnisse den Abschluß eines fünf Jahre geltenden Tarifvertrages.

Sowohl die im Verbands der Sattler und Portefeuller organisierten 6000 am Tarifabschluß beteiligten Arbeiter wie auch die Unternehmer haben in den am Donnerstag, den 22. Juni, stattgefundenen Versammlungen beschlossen, den von den Unterhändlern vereinbarten Tarifvertrag zu akzeptieren, obwohl keiner der beiden Kontrahenten mit dem Ergebnis zufrieden war. Den Arbeitnehmern waren die erzielten Erfolge zu minimal, die Arbeitgeber hingegen aber befürchten, daß die ihnen auferlegten Verpflichtungen das Gewerbe schädigen würden. Ist der für die Arbeitererschaft erzielte Erfolg auch ein nicht voll der billigerweise zu stellenden Ansprüchen entsprechender, so bedeutet er doch immerhin einen sehr nennenswerten Fortschritt.

**Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1909.** Soeben ist der siebente Bericht des Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen für das Jahr 1909 erschienen, der über den Stand der gewerkschaftlichen Bewegung in den 20 der angeschlossenen Länder Auskunft gibt. Das etwas verspätete Erscheinen erklärt sich daraus, daß auch diesmal einige Landeszentralen recht lange auf ihren Bericht warten ließen; so lief der Rest des Berichtes erst Februar, des französischen gar erst im März d. J. ein. Einige Berichte sind in ihren statistischen Angaben auch nicht ganz lückenlos; einzelne Länder, darunter sogar England, können nicht einmal vollständige Angaben über die Mitgliederzahlen machen. Die Länder, wo straffe Zentralisationen vorhanden sind, sind naturgemäß in der Lage, auch die vollständigsten Zahlen zu liefern. Im übrigen haben aber alle angeschlossenen Länder Berichte eingekandt. Zum ersten Male erscheint

aus Rumänien ein Bericht. Dagegen konnten über Rußland zahlenmäßige Angaben nicht beschafft werden, da dort die Erfolgswilligkeit selbst die „legalen“ Vereinigungen zu einer engeren Verbindung nicht kommen lassen. Die Verbindung mit der Türkei und Argentinien ist über gelegentliche Korrespondenzen noch nicht hinausgekommen. Auch Australien ist noch nicht angeschlossen, da es dort immer an einer Zentralinstanz fehlt.

Was die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter anlangt, so hat Deutschland das hierin bisher dominierende England überflügelt. Zu den untenstehenden englischen Zahlen ist allerdings zu bemerken, daß diese sich auf das Jahr 1908 beziehen, da dort die amtliche Feststellung der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nur alle zwei Jahre erfolgt. Der Mitgliederzahl nach ergibt sich für die dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder die folgende Reihenfolge (die Mitgliederzahl des Jahres 1908 ist in Klammern beigefügt): Deutschland 2 447 578 (2 382 401), England 2 406 746 (2 406 746), Verein. Staaten 1 710 433 (1 588 000), Frankreich 977 350 (294 918), Italien 733 538 (546 650), Oesterreich 455 401 (482 279), Schweden 148 649 (219 000), Niederlande 145 000 (128 845), Belgien 138 928 (147 058), Dänemark 121 295 (120 850), Schweiz 112 613 (113 800), Ungarn 85 266 (102 054), Norwegen 44 223 (48 157), Spanien 40 984 (44 912), Finnland 24 928 (24 009), Bulgarien 18 753 (12 933), Rumänien 8515 (?), Bosnien-Herzegowina 4470 (3997), Serbien 4462 (3238), Kroatien 4361 (4520). Für Frankreich war im Vorjahre nur die Mitgliederzahl der Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaften angegeben, während diesmal die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder auf Grund des Berichtes des Statistischen Amtes eingestellt ist. Für Ungarn, Serbien, Rumänien, Spanien und die Vereinigten Staaten konnte mangels anderer Angaben nur die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, welche der Landeszentrale angehöhen, eingestellt werden. Die Gesamtzahl aller Gewerkschaftsmitglieder ist in diesen Ländern zum Teil erheblich höher. Für alle 20 im Internationalen Sekretariat vertretenen Länder weist die Tabelle insgesamt 9 583 493 (8 669 843) Gewerkschaftsmitglieder aus; dazu kämen noch Australien, das Ende 1908: 239 293 (1907: 213 321) gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zählte und Argentinien mit 22 457 (1908: 28 625) Gewerkschaftsmitgliedern, so daß die im Vorjahre mitgeteilte Zahl aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die allerdings Rumänien und Argentinien nicht umfaßte, sich von 9 308 157 für 1909 auf 9 845 243 erhöht.

Inzwischen haben in den meisten Ländern die Gewerkschaften schon wieder bedeutend zugenommen, so daß man nicht fehlgehen wird, wenn man das Heer der organisierten Arbeiter in den Kulturländern gegenwärtig auf zehn Millionen schätzt.

Ueber die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften haben nur 15 Länder mit einer Gesamtmitgliederzahl von 6 692 283 berichtet; es fehlen die Angaben für Frankreich, Belgien, Rumänien, Spanien und die Vereinigten Staaten.

In den 15 Ländern, welche Berichte lieferten, hatten die Gewerkschaften eine Einnahme von 132 253 228 Mk., eine Ausgabe von 117 639 115 Mk. sowie einen Kasseebestand von 182 936 115 Mk. Von den Ausgaben entfallen auf Neuseiterstützung 1 414 136 Mk., Arbeitslosenunterstützung 22 193 888 Mk., Krankenunterstützung 20 844 473 Mk., Invalidenunterstützung 7 379 120 Mk., Steuerbefreiung 3 566 075 Mk., sonstige Unterstützung 2 312 180 Mk.; für diese **U n t e r s t ü t z u n g e n** insgesamt 57 707 822 Mk.

Für **S t r e i k s** und **A u s s p e r r u n g e n** wurden 1909 in 14 Ländern 26 627 902 Mk. ausgegeben. Die höchste Ausgabe für Streiks und Aussperrungen weist Deutschland mit 8 618 366 Mk. auf; dann folgt Schweden mit 5 128 280 Mk., England mit 2 687 260 Mk. und Oesterreich mit 1 873 938 Mk.

Fast in keinem Lande ist die Gewerkschaftsbewegung eine ganz einheitliche; meist bestehen neben der Landeszentrale, welche dem Internationalen Sekretariat angeschlossen ist, noch Gewerkschaften anderer Richtung.

Im ganzen zeugt auch der Bericht von 1909 noch mehr wie seine Vorgänger von einer gewaltigen Bewegung, von Kraft und Energie, von dem starken Willen der Arbeiterklasse, sich die ihr gebührende Anerkennung zu erzwingen. Keine Macht der Erde vermag den Aufstieg der Arbeiter zu den lichtereren Höhen der Menschheit dauernd zu hindern.

**Wird das Hausarbeitsgesetz zustande kommen?** Unter dieser Schlagmarke schreibt der „Berliner Börsen-Courier“ vom 14. Juni: Die sich dem Ende zuneigende Legislaturperiode des Reichstags war mit sozialpolitischen Aufgaben (von denen jedoch recht herzlich wenig gelöst wurden. D. Red. d. B.-Z.) in reichem Maße gesegnet. Die größte, die

Reichsversicherungsordnung, ist nach einem Jahr mühsamer Arbeit verabschiedet worden. Eine zweite große Aufgabe, die Versicherung der Privatangehörigen, harzt noch der Lösung in der kommenden Herbsttagung. Und die Parteien des Reichstages scheinen trotz mancherlei Einwendungen gegen die Vorlage der Reichsregierung doch unbedingt entschlossen zu sein, sie zur Verabschiedung zu bringen und so ihre Zusage einzulösen, die sie so oftmals den Privatbeamten gemacht haben. Die Nähe der Wahlen wird auch hierauf nicht ohne Einfluß sein. Ein drittes wichtiges Gesetz, die Errichtung von Arbeitskammern, wird jedoch nicht zustande kommen, weil über die Wählbarkeit der Arbeitervertreter zu den Kammern keine Verständigung zu erzielen war. Es gilt sogar als sicher, daß die noch ausstehende dritte Lesung der Vorlage überhaupt nicht auf die Tagesordnung des Reichstages kommen wird, um die kurz bemessene Zeit nicht noch durch aussichtslose Beratungen zu vergeuden.

Als vierte sozialpolitische Vorlage von ungewöhnlich großer Bedeutung wurde im Februar vorigen Jahres das Hausarbeitsgesetz eingebracht, dessen Aufgabe es sein sollte, den Uebeln in der Hausarbeit und den Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit der Arbeiter abzuwehren. Nachdem der Entwurf noch im Februar vorigen Jahres die erste Lesung im Reichstag passiert hatte, wurde er einer Kommission überwiesen, die in monatelanger Arbeit erst im November v. J. ihre Beratungen zum Abschluß brachte. Bei den überall anerkannten Mängeln, die in der Hausarbeit herrschen, war es begreiflich, daß in der Kommission Forderungen zur Besserung der Lage der Heimarbeiter gestellt wurden, die über das von der Regierung vorgeschlagene Maß weit hinausgingen. Zu diesen Forderungen gehörte auch die Errichtung von Lohnämtern, die bereits bei der Beratung der schließlich nicht verabschiedeten Novelle zur Gewerbeordnung im Winter 1908/1909 erhoben und

von einer Mehrheit gebilligt war. In der Kommission für das Hausarbeitsgesetz sind die Lohnämter allerdings mit Stimmgleichheit abgelehnt. Trotzdem aber darf man annehmen, daß sie bei der Beratung der Vorlage im Plenum eine Mehrheit finden werden. Diese Lohnämter galten bisher als diejenige Klippe, an der das Hausarbeitsgesetz scheitern würde, weil die Reichsregierung unbedingt an dem Standpunkt festhielt, daß jede staatliche Einmischung in Lohnfragen grundsätzlich zu verwerfen sei.

Die Reichsregierung fand für ihren ablehnenden Standpunkt eine Stütze in dem Gange der Verhandlungen über das Arbeitskammergesetz. Denn die Reichstagskommission hatte bei den Beratungen über die Aufgaben der Arbeitskammer mit großer Mehrheit eine Bestimmung aufgenommen, nach der die Kammern berufen sein sollten, in der Hausindustrie die Vereinbarung und Regelung der Lohnsätze zu fördern. Würde das Arbeitskammergesetz zustande gekommen, so würde damit allerdings eine Stelle geschaffen sein, von der aus die Hausarbeiter eine vielleicht wirksame Förderung ihrer Lohnfragen erwarten konnten. Da jedoch die Errichtung von Arbeitskammern nicht zustande kommt, so würde tatsächlich auch nach Annahme des Hausarbeitsgesetzes jede Stelle fehlen, welche in autoritativer Form eine Einwirkung auf die Lohnverhältnisse in der Hausindustrie ausüben imstande wäre.

In den Anschauungen unserer Reichsregierung hat sich nun gerade auf sozialpolitischem Gebiet schon mancher Wandel vollzogen; und Forderungen, die früher als unannehmbar mit aller Entschiedenheit abgelehnt wurden, sind doch schließlich zugestanden. So hat es auch jetzt den Anschein, daß die Reichsregierung, falls sich für die Lohnämter eine erhebliche Mehrheit im Reichstag findet, ihren Widerspruch dagegen aufgibt. In unterrichteten Kreisen glaubt man zu wissen, daß der Staatssekretär des Innern die Lohnämter zugestehen entschlossen ist. Auf diesen Entschluß dürfte auch das Vorgehen der

österreichischen Regierung nicht ohne Einfluß gewesen sein, die soeben nach fast 20jährigen Vorarbeiten ein Hausarbeitsgesetz fertiggestellt hat, das die Errichtung paritätischer Lohnämter für die Kleider-, Schuh- und Wäscheindustrie vorsieht. Oesterreich folgt damit den Spuren Englands, Frankreichs und Neu-Seelands, wo man ebenfalls zur Errichtung von Lohnämtern für die Hausindustrie übergegangen ist.

Daß in manchen Kreisen der Industrie sehr starke Bedenken gegen die Lohnämter vorhanden sind, unterliegt keinem Zweifel. Trotzdem aber dürfte die Nähe der Wahlen den Reichstag doch veranlassen, vor seinem Auseinandergehen noch eine sozialpolitische Tat zu vollbringen, die den Notleidenden unter den gewerblichen Arbeitern eine wirkliche Besserung ihrer Lage bringt.

### Adressenänderungen.

#### Derlinische Bevollmächtigte.

**Wohnst.** P. Jähmig, Zwickauer Straße 223.  
**Essen (Ruhr):** J. Updarp, Lohstr. 54 II.

### Briefkasten.

**A. S. in S.** In der vorliegenden Form nicht verwendbar. Der Bericht hat alle die Untugenden an sich, die ständig kritisiert werden: er ist mit Bleistift geschrieben und beide Seiten des Papiers sind benutzt worden; er hat eine Anzahl von abgekürzten Worten und kommt — wenn es ein Jahresbericht sein soll — um volle fünf Monate zu spät. Das Wesentlichste aus ihm ist in anderer Form verwandt worden. — **M. S., Leipzig.** Senden Sie uns mindestens noch 60 Pf. ein, dann kann das Inserat Aufnahme finden. Die Zeile kostet 40 Pf. — **S.-W. in R.** Ein kurzer Bericht ist uns angenehm.

## ANZEIGEN

### Deutscher Buchbinder-Verband.

#### Ver spätet.

Zur Vermählung unserer Kollegin **Emma Wagner** mit Herrn **Julius Schwinsky** die herzlichsten Glückwünsche.  
**Zahlstelle Grimma.**

### Buchbinderei

**Ball- u. Kollonartikel-Engrosge schäft** wegen Ueberbürdung sofort umstände halber für 850 Mark zu verkaufen.  
**W. Rau**

Berlin N., Grünthalerstr. 61.

## Lücht. Linierer

für einseitige Förste- und Trommel-Maschinen auf Extraanfertigungen gesucht. Stellung dauernd und gut bezahlt. Angebote unter Chiffre **S. 291** an die Expedition dieses Blattes.

### Früher quälte ich mich

beim Vergolden, jetzt benötige ich nur die von **F. Klement** in Leipzig gefertigten Werkzeuge, da bringt mir meine Arbeit Genuß und guten Lohn!

## Deutscher Buchbinder-Verband. Zahlstelle Berlin. Kartonbranche.

**Donnerstag, den 6. Juli 1911, abends 8 Uhr,** findet im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c, eine **Branchen-Versammlung**

aller in den Kartomagen- und Zigarettenfabriken beschäftigten Zuschneider, Mieter, Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter statt.

#### Tages-Ordnung:

1. Gewerkschaftskämpfe einst und jetzt. Refr.: Gen. Wiede.
2. Vorschläge zur Aufstellung eines Tarifes für Zuschneider und Arbeiterinnen.
3. Branchenangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Branchenleitung:  
**J. A. K. Klappenbach.**

## Ein Wink für Kranke.

Deutschland besitzt im Ramscheider Stahlbrunnen einen Heißbad ersten Ranges, der verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden. (S. Med. Mag. Prof. Dr. Liebreich). —

„Das Wasser ist großartig in seinen Wirkungen. Es ist in der beigegebenen Broschüre bezügl. der Wirkungen nicht zu viel gesagt, eher zu wenig. Ich habe es angewandbt gegen Verdauungsbeschwerden, Mattigkeit in den Füßen, Appetitlosigkeit, Schlaflosigkeit, Nervosität, Angstgefühl, Blutandrang nach dem Kopfe usw. Mit all dem räumt Ihr Stahlbrunnen gründlich auf.“ — „Das Ramscheider Stahlbrunnen-Wasser ist das einzige Mittel, welches mir in meinem schweren Nervenleiden Hilfe brachte.“ — „Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hatte, war ich ein anderer Mensch.“ — „Mit Freunden teile ich Ihnen mit, daß ich eine Kur gebraucht und die **ersehnte Hilfe gefunden** habe.“ — „Das Wasser kam wie ein rettender Engel, ich bin ganz glücklich, daß es mir so gut geht.“ — „Der Stahlbrunnen hat bei meiner Frau verblüffend gewirkt.“ — „Es ist für alte Leute eine wahre Wohltat.“ — „Das Wasser ist einfach köstlich und steht wohl einzig in seiner Art heilwirkend auf der ganzen Welt da.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinkkuren im Hause warm empfohlen. Keine Verunsicherung. Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge, Anwendungsgebiet und Bezug des Brunnenkostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen in Dilsdorf W. 123.

### Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Mit Gegenwärtigem erlaube ich mir, den geehrten Kollegen die ergebene Mitteil ung zu machen, daß ich ab 1. Juli 1911 **Silberburgstr. 150** ein Spezialgeschäft in **Zigarenn, Zigaretten und Tabake** eröffnet habe, und bitte um geneigten Zuspruch.  
**Stuttgart. Hochachtungsvoll Alfred Nerz.**

### Laden

worin seit Jahren mit gutem Erfolg **Buchbinderei und Papierhandlung** betrieben wurde, zum 1. Oktober zu vermieten. **Gustav Neure, Silberbeim, Osterior 4.**

### Die Gold- und Silberschmelzerei, Scheide- und Gekrätz-Anstalt M. Broh

Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29,  
Fernsprecher: Amt IV, 6958,  
kauft Kehr gold, Staubgold, Goldschmiere, Goldwatten, Goldgummis sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände. Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahleinrichtungen. — Streng reelle Bedienung. Anerkennungs-schreiben v. In- u. Ausland. Gegründet im Jahre 1896.



## Kostenfreier Arbeitsnachweis

für Buchbinder  
**O. Th. Winckler, Leipzig**

Inserate finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.